

# geschäftsbericht

# 2006







Angaben in Mio. Euro

<b>Geschäftsentwicklung</b>	<b>2006</b>	<b>2005</b>	<b>2004</b>
<b>Darlehensbestand</b>			
Immobilienfinanzierungen	13.375,8	23.205,0	24.316,9
Staatskredite	18.125,5	33.541,5	41.361,4
<b>Eigenkapital</b>	<b>640,7</b>	<b>239,8</b>	<b>928,1</b>
Gezeichnetes Kapital	100,3	100,3	100,3
Rücklagen	1.363,4	490,9	455,6
Einlagen stiller Gesellschafter gem. § 10 Abs. 4 KWG	33,8	90,2	372,2
Bilanzverlust	-856,8	-441,6	—
<b>Bilanzsumme</b>	<b>38.827,7</b>	<b>67.377,8</b>	<b>77.106,8</b>
<b>Refinanzierungsvolumen (ohne CP-Programm)</b>	<b>5.751,5</b>	<b>14.357,3</b>	<b>16.569,7</b>
<b>Ertragslage</b>			
Zins- und Provisionsüberschuss	-62,6	141,1	154,2
Verwaltungsaufwand	86,6	98,2	88,2
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	-141,8	221,2	223,4
Operative Risikovorsorge (Saldo)	-34,0	-235,9	-124,0
Betriebsergebnis vor Steuern	-546,7	-1.048,6	28,5
Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	-575,1	-1.083,4	17,8
<b>Betriebswirtschaftliche Kennziffern</b>			
Value-at-Risk	2,1	7,0	5,8
PVBP – Barwertveränderung des haftenden Eigenkapitals	15,5 %	6,4 %	3,6 %
Solvabilitätskoeffizient	8,3 %	9,9 %	10,6 %
<b>Mitarbeiter</b>	<b>298</b>	<b>362</b>	<b>350</b>



	<b>Seite</b>
<b>Vorwort des Vorstandes</b>	7
<hr/>	
<b>Lagebericht</b>	9
Geschäftsverlauf	10
Strategische Neuausrichtung und Ausblick	18
Organisationsstruktur	20
Risikobericht	21
Personalbericht	36
<hr/>	
<b>Jahresabschluss</b>	39
Bilanz	40
Gewinn- und Verlustrechnung	42
Anhang	44
<hr/>	
<b>Ergebnisverwendung</b>	70
<hr/>	
<b>Bestätigungsvermerk</b>	71
<hr/>	
<b>Bericht des Aufsichtsrates</b>	72
<hr/>	
<b>Informationen</b>	75
Adressarium	76
Vorstand	77
Aufsichtsrat	78
Impressum	79
<hr/>	



**Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,**

im abgelaufenen Geschäftsjahr hat die Allgemeine HypothekenBank Rheinboden AG (AHBR) die entscheidenden Weichenstellungen vorgenommen, um die Basis für einen erfolgreichen Neustart zu schaffen. Nach der Übernahme durch den US-amerikanischen Finanzinvestor Lone Star, der den Fortbestand der Bank ermöglichte, haben wir ein Geschäftsmodell entwickelt, das die Bank unter der neuen Marke COREALCREDIT am Markt neu positioniert und wieder wettbewerbsfähig machen wird.

Das neue Geschäftsmodell ist Ergebnis eines tief greifenden Restrukturierungsprozesses, in dessen Verlauf sich die Bank konsequent von den Geschäftsfeldern getrennt hat, die wie die Auslands- und private Immobilienfinanzierung oder das Staatskreditgeschäft außerhalb des neuen Kerngeschäfts lagen. Gleichzeitig hat sie eine effiziente Organisationsstruktur mit nur einer Hierarchieebene unterhalb des Vorstandes etabliert. Parallel dazu setzte sie mit dem Jahresabschluss 2006 die im Jahr 2005 begonnene Bereinigung des Kreditbuches und des Derivatebestandes und damit der Bilanz fort. Dementsprechend weist sie für das Berichtsjahr 2006 planmäßig nochmals ein deutlich negatives Nachsteuerergebnis aus. Mit den Weichenstellungen für eine erfolgreiche Zukunft war auch eine Reduzierung der Mitarbeiterschaft unvermeidbar. Somit haben wir die zentralen Sanierungsmaßnahmen erfolgreich abgeschlossen und ein stabiles Fundament für den Neustart der Bank geschaffen.

Mit unserem neuen Geschäftsmodell positionieren wir die Bank als Spezialisten für die gewerbliche Immobilienfinanzierung in Deutschland. Mit individuellen, maßgeschneiderten Finanzierungslösungen, ergänzt durch Beratungs-Dienstleistungen, stehen wir unseren Kunden als kompetenter, flexibler Partner zur Verfügung. Konzentration auf unsere Kernkompetenz und Effizienz in der Umsetzung sind unsere Leitideen.

Damit richten wir unseren Blick nach vorne. Die Umsetzung des neuen Geschäftsmodells ist planmäßig angelaufen. Neben der Erweiterung des Führungsgremiums auf drei Vorstandsmitglieder zum 1. April 2007 konnten die vakanten Führungspositionen bereits mit profilierten Persönlichkeiten aus dem Markt besetzt werden.

Im Laufe des Geschäftsjahres 2007 werden wir unsere Bank in COREALCREDIT BANK AG umfirmieren. Der Name reflektiert die Grundpfeiler des neuen Geschäftsmodells. Er ist ein klares Signal für den Neustart an Kunden und Märkte. Und er wird gleichzeitig ein zentrales Element unserer Marketing-Aktivitäten sein. Der bis heute erreichte Stand unserer Neuausrichtung stimmt uns zuversichtlich, dass die Bank mit ihren motivierten Mitarbeitern und dem Vertrauen ihrer Geschäftspartner als Spezialist für die gewerbliche Immobilienfinanzierung in Deutschland nachhaltig bestehen wird.

**Der Vorstand****Dr. Claus Nolting****Arnd Stricker****Dr. Klaus Vajc**



# 2006

## **Lagebericht**

Geschäftsverlauf

Strategische Neuausrichtung und Ausblick

Organisationsstruktur

Risikobericht

Personalbericht

### **AHBR im Wandel**

Die Allgemeine HypothekenBank Rheinboden AG (AHBR) hat sich im Geschäftsjahr 2006 einer tief greifenden Restrukturierung unterzogen. Die Bank hat ein neues Geschäftsmodell implementiert und sich organisatorisch neu aufgestellt. Im Laufe des Geschäftsjahres 2007 plant die Bank eine Umfirmierung und wird dann zukünftig unter dem Namen COREALCREDIT BANK AG als Spezialbank für gewerbliche Immobilienkunden im Kernmarkt Deutschland agieren. Das Angebot aus einer Hand umfasst neben der Finanzierung verschiedene Beratungsleistungen.

### **Geschäftsverlauf**

Der Beginn des Geschäftsjahres 2006 stand zunächst noch im Zeichen des Eigentümerwechsels und der wirtschaftlichen Absicherung der Bank. Der mit der Ausgliederung aus dem BHW-Konzern einhergehende Liquiditätsengpass konnte durch eine konzertierte Aktion des Einlagensicherungsfonds unter der Beteiligung privater deutscher Großbanken beseitigt werden.

Die Übernahme der AHBR durch einen Fonds des amerikanischen Finanzinvestors Lone Star am 17. Dezember 2005 fand ihren Abschluss am 2. Januar 2006. Die Gesamtbeteiligung des Lone Star Fonds Nummer 5 (LSF5 German Investments, L.P.) beträgt seither 87,9 Prozent. Mit dem Erwerb der Anteilsmehrheit an der AHBR durch Lone Star wurden die über viele Wochen in der Öffentlichkeit diskutierten Alternativen zur Fortführung der Bank hinfällig. Der neue Hauptgesellschafter stattete die AHBR zum Beginn des Geschäftsjahres 2006 mit Eigenmitteln in einem Volumen von ca. Euro 1,1 Mrd. aus und leitete eine umfassende Restrukturierung der Bank mit dem Ziel ein, dieser eine solide wirtschaftliche Basis für ihre zukünftige Geschäftstätigkeit zu schaffen. Mit dem Engagement von Lone Star und der Alteigentümer wurde die Fortführungsfähigkeit der Bank und damit der Erhalt von Arbeitsplätzen gesichert. Darüber hinaus konnten weitere Auswirkungen auf den Kapitalmarkt im Allgemeinen und den Pfandbriefmarkt im Besonderen abgewendet werden.

Die seitens des privaten Bankengewerbes im 4. Quartal 2005 bereitgestellte kurzfristige Unterstützungslinie wurde Ende Januar 2006 durch eine Refinanzierungsfazilität eines internationalen Bankenkonsortiums abgelöst. In Verbindung mit der Aufnahme von Schuldscheindarlehen und Termingeldern von Nicht-Kreditinstituten und dem fortgesetzten Abbau von Aktiva konnte die Liquiditätslage im Jahresverlauf stabilisiert werden, die Fazilität wird bis Mitte April 2007 zurückgeführt.

Mit dem Eigentümerwechsel vollzogen sich auch Veränderungen in den Gremien der Bank. So wurden die Gesellschaftermandate neu besetzt. Den Vorsitz im Aufsichtsrat übernahm Bruno Scherrer. Dr. Karsten von Köller war seit 20. Dezember 2005 Vorstandsvorsitzender. Dieses Amt übergab er am 1. Oktober 2006 an Dr. Claus Nolting. Weitere Vorstandsmitglieder sind Arnd Stricker und ab 1. April 2007 Dr. Klaus Vajc.

### Umfangreiche Restrukturierung

Um ihre Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen, hat sich die AHBR 2006 einer umfassenden strategischen und organisatorischen Restrukturierung unterzogen und ein neues Geschäftsmodell entwickelt. Vorstand und Aufsichtsrat beschlossen, sich von den Geschäftsfeldern Staatsfinanzierung, private Immobilienfinanzierung und Auslandsfinanzierung zu trennen, um sich künftig auf die gewerbliche Immobilienfinanzierung in Deutschland zu konzentrieren. Entsprechend der strategischen Ausrichtung hat die Bank ihre Organisation mit Wirkung ab 1. Januar 2007 neu aufgestellt. Neben den operativen Bereichen wurden auch Stabs- und Verwaltungsaufgaben den flexiblen und einfachen Strukturen des neuen Geschäftsmodells angepasst. So gibt es künftig unterhalb des dreiköpfigen Vorstands nur eine Führungsebene.

### Deutliche Veränderungen in der Struktur der Immobilienkreditportfolien

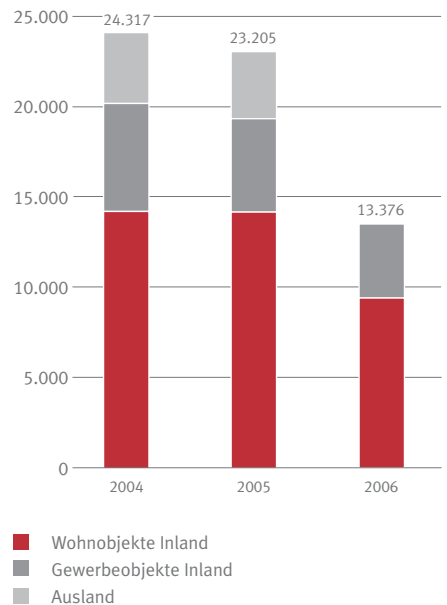
Die Akquisition von Neugeschäft wurde zu Beginn des Berichtsjahres vor dem Hintergrund des Restrukturierungsprozesses und der Vorbereitungen für die strategische Neuausrichtung vorübergehend eingestellt.

Entsprechend dem Restrukturierungsplan wurden die Hypothekendarlehen des Auslandsgeschäfts in einem Volumen von Euro 3,1 Mrd. Mitte des Jahres nahezu vollständig veräußert. Des Weiteren konnten im Verlauf des Jahres Teile des privaten Immobilienfinanzierungsportfolios in Höhe von insgesamt Euro 3,5 Mrd. an verschiedene Investoren veräußert werden. Zudem wurden 2006 vertragliche Vereinbarungen über den Verkauf zweier Teilportfolien im Jahr 2007 über Euro 3,5 Mrd. getroffen. Das Restportfolio privater Immobilienfinanzierungen soll im Laufe des Jahres 2007 abgebaut werden. Der Hypothekenkreditbestand hat sich durch Verkäufe von Kreditportfolien und durch Tilgungen von Hypothekendarlehen im Berichtsjahr um 42 Prozent auf Euro 13,4 Mrd. reduziert.

Die Bearbeitung (Servicing) des großvolumigen Non Performing Loan-Geschäfts wurde im Wege des Outsourcing Mitte 2006 auf die Hudson Advisors Germany GmbH übertragen. Der Outsourcer ist ein weltweit profiliertes Abwicklungs- und Asset-Management-Unternehmen für Distressed Assets. Von ihren kleinteiligen Non Performing Loans hat sich die Bank 2006 überwiegend mittels Verkaufs mehrerer Portfolien getrennt.

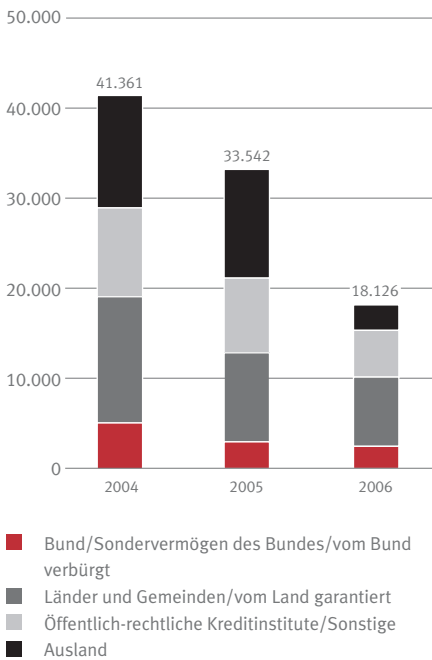
### Bestand Immobilienfinanzierungen nach Objektarten zum Bilanzstichtag

(in Mio. Euro)

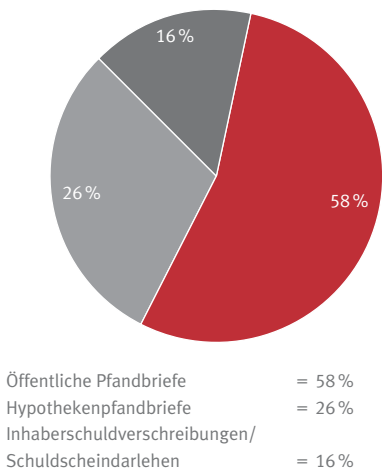


**Bestand Staatskredite nach Schuldern zum Bilanzstichtag**

(in Mio. Euro)



**Umlauf der ausstehenden AHBR-Wertpapiere zum 31. 12. 2006**



**Staatskreditgeschäft weiter zurückgeführt**

Das neue Geschäftsmodell der AHBR sieht den konsequenten Rückzug aus dem Staatskreditgeschäft vor. Mit dem Verzicht auf die Anschlussrefinanzierung fälliger Öffentlicher Pfandbriefe und der Beschränkung der Neugeschäftsaktivitäten (Euro 637,4 Mio.) auf Maßnahmen im Rahmen der Portfoliosteuerung hat die Bank das Staatskreditportfolio deutlich zurückgeführt.

Ursprünglich sollte das Staatskreditgeschäft einschließlich der emittierten Öffentlichen Pfandbriefe als Gesamtes an einen anderen Pfandbriefemittenten veräußert werden. Wegen zu großer rechtlicher Unwägbarkeiten bei der geplanten Übertragungskonstruktion hat die AHBR von diesem Vorhaben Abstand genommen. Die Entscheidung, das Geschäftsfeld Staatskredit aufzugeben und das bestehende Portfolio mit Nachdruck abzubauen, bleibt davon unberührt. Das bestehende Portfolio wird zukünftig über Rückkäufe und Einzelmaßnahmen abgebaut. Der Gesamtbestand des Staatskreditgeschäfts per 31. Dezember 2006 betrug Euro 18,1 Mrd. (per 31. Dezember 2005: Euro 33,5 Mrd.).

**Refinanzierungsvolumina deutlich gesunken**

Bedingt durch die im Zuge des planmäßigen Abbaus von Aktiva erfolgte Freisetzung von Liquidität und der vorübergehenden Einstellung des Hypothekendarlehenneugeschäfts hat sich auch der Refinanzierungsbedarf der Bank deutlich reduziert. Vor diesem Hintergrund betrug das Refinanzierungsvolumen im abgelaufenen Geschäftsjahr nur noch Euro 5,8 Mrd. (Vorjahr Euro 14,4 Mrd.). Der Fokus der Refinanzierungsstrategie richtete sich verstärkt auf die Aufnahme von Schuldscheindarlehen und Termingeldern von Nicht-Kreditinstituten. Schuldscheindarlehen wurden in einem Volumen von Euro 3,6 Mrd. begeben. Die Refinanzierung über Termingeldeinlagen von Nicht-Kreditinstituten erfolgte erstmalig und erlangte ein Gesamtvolumen von Euro 2,1 Mrd. Restrukturierungsbedingt wurden keine Öffentlichen Pfandbriefe emittiert, das Volumen bei den Hypothekendarlehen beschränkte sich auf Euro 0,1 Mrd. Das Absatzvolumen des Commercial-Paper-Programms belief sich auf Euro 0,1 Mrd. (Vorjahr Euro 6,1 Mrd.).

Im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung hat die Bank im Frühjahr 2006 zwei Rückkaufprogramme für ausstehende Pfandbriefe erfolgreich beendet. Die Maßnahme zielte auf den Abbau des Pfandbriefeumschlags und der damit verbundenen Zinsverpflichtungen. Die Angebote bezogen sich auf drei Öffentliche und fünf Hypothekendarlehen mit Fälligkeiten zwischen 2007 und 2010. Insgesamt wurde von der Bank ein Volumen in Höhe von Euro 3,9 Mrd. zurückgekauft.

## Ratings

Im Geschäftsjahr 2006 überprüften die Ratingagenturen ihre Bewertungen für die AHBR insbesondere vor dem Hintergrund der strategischen Neuausrichtung. Die Agenturen Moody's und Standard & Poor's würdigten die Restrukturierungserfolge zwar insgesamt positiv. Für das neue Geschäftsmodell verwiesen sie jedoch auf die mit einem Neustart verbundenen Unwägbarkeiten, fehlende Erfahrungswerte mit der Umsetzung und die mit der Geschäftsfeldbegrenzung auf die gewerbliche Immobilienfinanzierung abnehmende Marktbedeutung. Zusätzlich beeinflussten die Ergebnisbelastungen aus den Altbeständen und die damit verbundene Inanspruchnahme des Genussrechtskapitals die Ratingentscheidungen negativ. So kam es zu Herabstufungen bei den Unternehmensratings einschließlich ratingmethodisch bedingter Auswirkungen auf die Nachrangbewertungen durch die Agenturen Moody's und Standard & Poor's, zuletzt Ende März 2007.

Die Ratingagentur Fitch würdigte im Februar 2007 den Fortschritt der Restrukturierungsmaßnahmen und die angemessene Kapitalausstattung der Bank mit einer Heraufstufung des Individual Rating auf D und der Bestätigung der lang- und kurzfristigen Bankratings bei stabilem Ausblick.

## Übersicht AHBR-Ratings

	Moody's			Standard & Poor's			Fitch		
	01.01.06	31.12.06	31.03.07	01.01.06	31.12.06	31.03.07	01.01.06	31.12.06	31.03.07
Öffentliche Pfandbriefe	Aa1	Aa1	A1	AAA	AAA	AAA	AAA	AAA	AAA
Hypothekendarlehen	Aa3	Aa3	A3	AAA	AAA	AAA	AA+	AA+	AA
Langfristige Verbindlichkeiten	Baa3	Ba3	Ba3	BB+	BB	BB-	BBB-	BBB-	BBB-
Kurzfristige Verbindlichkeiten	P-3	Not-Prime	Not-Prime	B	B	B	F3	F3	F3
Nachrangdarlehen	Ba1	B1	B1	BB-	B+	B	BB+	BB+	BB
Genussscheine	Ca	Ca	Ca	—	—	—	CC	C <sup>1</sup> CC <sup>2</sup>	CC
Fundamentale Finanzkraft	E	E	E	—	—	—	E	D/E	D

<sup>1</sup>Fällig bis 2008

<sup>2</sup>Fällig ab 2008

Die Pfandbriefe werden von den Ratingagenturen methodisch bedingt sehr unterschiedlich bewertet. Bereits 2006 hat Standard & Poor's die Bonitätsbewertung für beide Pfandbriefarten mit AAA bestätigt. Moody's hat die Pfandbriefratings der Bank im Januar 2007 mit der Begründung heruntergestuft, dass der AHBR als Bank mit einem Non-Investment-Grade-Rating nur die gesetzlich geforderte Überdeckung in der Deckungsstockanalyse angerechnet werden kann, nicht jedoch die freiwillig gehaltene Überdeckung. Im Februar 2007 bestätigte die Agentur Fitch für die Öffentlichen Pfandbriefe die Bonitätsnote mit AAA, senkte die der Hypothekendarlehen jedoch als Folge einer veränderten Ratingmethodik um eine Stufe auf AA.

### **Bilanzsumme deutlich zurückgeführt**

Die im Zuge der strategischen Fokussierung auf die gewerbliche Immobilienfinanzierung vorgenommenen deutlichen Bestandsminderungen in der Immobilien- und Staatsfinanzierung verringerten die Bilanzsumme zum 31. Dezember 2006 auf Euro 38,8 Mrd. (31. Dezember 2005: Euro 67,4 Mrd.).

Die Bestandsminderungen spiegeln sich aktivseitig in den verringerten Positionen Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden und Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wider. Als Folge des konsequenten Rückzugs der Bank aus dem Staatskreditgeschäft und des damit einhergehenden Abbaus des Gesamtportfolios verringerten sich die Bilanzpositionen Forderungen an Kreditinstitute um 50 Prozent auf Euro 5,5 Mrd. und die Position Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere von Euro 18,8 Mrd. auf Euro 7,4 Mrd. Die Verminderung der Forderungen an Kunden um Euro 12,8 Mrd. auf Euro 24,0 Mrd. ist insbesondere auf den Verkauf des Auslandskreditgeschäfts und Teilen des privaten Immobilienfinanzierungsgeschäfts zurückzuführen.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen haben sich durch den Erwerb von vier Gesellschaften von 0,1 Mrd. auf 1,5 Mrd. erhöht. Über die AHBR Vermögensverwaltungs-beteiligungs GmbH, Frankfurt am Main, wurde die Refinanzierungsfazität von einem internationalen Bankenkonsortium zur Sicherstellung des kurz- und mittelfristigen Liquiditätsbedarfs der Bank bereitgestellt, während die AHBR Capital Funding, LLC, Wilmington/Delaware, der Zuführung von Nachrangkapital dient. Zudem erwarb die Bank im Zusammenhang mit der unternehmerischen Umsetzung des Restrukturierungsprozesses Mehrheitsbeteiligungen an zwei Gesellschaften.

Auch die Passivseite wurde entsprechend reduziert. Fälligkeiten von Pfandbriefen und anderen verbrieften Verbindlichkeiten sowie der Abbau des umlaufenden Pfandbriefvolumens im Rahmen zweier Rückkaufprogramme reduzierten die verbrieften Verbindlichkeiten um Euro 15,8 Mrd. auf Euro 23,9 Mrd. Liquiditätszuflüsse durch den Verkauf von Kreditportfolien und ein gegenüber den Vorjahren geringerer Refinanzierungsbedarf führten zu einem Abbau der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von Euro 16,4 Mrd. auf Euro 2,4 Mrd. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden haben sich dagegen von Euro 8,8 Mrd. auf Euro 10,8 Mrd. erhöht. Die im Vorjahr gebildete Rückstellung zur Abdeckung der erwarteten Belastungen aus einem Ende 2005 fest kontrahierten Derivateportfolioverkauf wurde Anfang 2006 mit der Abwicklung der Transaktion vollständig verbraucht.

### Eigenkapitalentwicklung

Zur Stärkung der Kapitalbasis hat Lone Star 2006 die Kapitalrücklage nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB um Euro 872,5 Mio. aufgestockt. Neben dieser Dotierung der Kapitalrücklage hat Lone Star über eine Zweckgesellschaft der AHBR Nachrangmittel in Höhe von Euro 211,0 Mio. zugeführt.

Für das Geschäftsjahr 2006 weist die Bank einen Jahresfehlbetrag in Höhe von Euro 575,1 Mio. aus. Im Rahmen der Verlustverrechnung wurden auf der Basis der vertraglichen Vereinbarungen stille Beteiligungen im Volumen von Euro 56,0 Mio. sowie das Genussrechtskapital mit Euro 103,9 Mio. in Anspruch genommen. Der verbleibende Fehlbetrag in Höhe von Euro 415,2 Mio. ergibt zusammen mit dem Verlustvortrag aus 2005 (Euro 441,6 Mio.) den Bilanzverlust in Höhe von Euro 856,8 Mio.

Das bilanzielle Eigenkapital beträgt danach Euro 640,7 Mio. Darin sind neben den stillen Beteiligungen im Volumen von Euro 33,8 Mio. und dem ausgewiesenen Bilanzverlust das gezeichnete Kapital in Höhe von Euro 100,3 Mio. und Rücklagen im Betrag von Euro 1.363,4 Mio. enthalten.

### Gesellschafterstruktur

Seit 2. Januar 2006 gestaltet sich die Gesellschafterstruktur der Bank wie folgt:

87,9 Prozent LSF<sub>5</sub> German Investments, L.P.  
12,0 Prozent BGAG-Gruppe  
0,1 Prozent freie Aktionäre

§ 312 AktG beschreibt die Verpflichtung des Vorstands der Bank, für das Geschäftsjahr 2006 einen Abhängigkeitsbericht zu erstellen, der die Beziehungen der AHBR zu dem beherrschenden Unternehmen und mit diesem verbundene Unternehmen darstellt. Der Vorstand hat erklärt, dass die Bank nach den Umständen, die ihm im Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte mit dem herrschenden Unternehmen oder mit diesem verbundene Unternehmen vorgenommen worden sind, in jedem Fall eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Maßnahmen im Interesse oder auf Veranlassung von verbundenen Unternehmen wurden weder getroffen noch unterlassen.

### Ergebnisentwicklung

Das Ergebnis im Geschäftsjahr 2006 wird, wie bereits im Vorjahr angekündigt, entscheidend durch die Ergebnisse aus der fortgesetzten Bereinigung der Altbestände des Zins- und Kreditgeschäfts von Belastungen beeinflusst. Diese werden im außerordentlichen Ergebnis gesondert dargestellt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde das Zinsergebnis insbesondere durch die negativen Zinsmargen des Derivate-Altbestands und die erhöhten Refinanzierungskosten belastet. Dies führte zu einem Zinsergebnis in Höhe von Euro –50,5 Mio. Das negative Provisionsergebnis verbesserte sich um Euro 5,2 Mio. auf Euro 12,1 Mio. aufgrund des vornehmlich durch die Beendigung von Rahmenbürgschaftsabkommen geringeren Provisionsaufwands. Somit beläuft sich das Zins- und Provisionsergebnis auf Euro –62,6 Mio.

Der mit der organisatorischen Neuaufstellung der Bank verbundene Stellenabbau führte zu einer deutlichen Reduzierung der Personalkosten. Gegenüber dem Vorjahr sanken diese um Euro 9,4 Mio. auf Euro 30,2 Mio. Der Sachaufwand sank von Euro 58,6 Mio. auf Euro 56,3 Mio. Insgesamt konnte somit der Verwaltungsaufwand gegenüber 2005 bereits um 12 Prozent von Euro 98,2 Mio. auf Euro 86,6 Mio. zurückgeführt werden.

Der positive Saldo aus sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträgen in Höhe von Euro 7,3 Mio. betrifft im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und Zinseffekte im Zusammenhang mit § 233 a AO.

Das Risikovorsorgeergebnis der Bank hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert. Insbesondere aufgrund der im Vorjahr erfolgten Neubewertung, der veränderten Kreditverwertungsstrategie und des verbesserten Marktumfelds hat sich der Zuführungsaufwand gegenüber den Vorjahren signifikant reduziert. Vor diesem Hintergrund verbesserte sich das Kreditrisikovorsorgeergebnis von Euro -347,1 Mio. im Jahr 2005 auf Euro -52,1 Mio. Das Wertpapierergebnis sank von Euro 111,2 Mio. auf Euro 18,1 Mio. Saldiert ergab sich ein operatives Risikovorsorgeergebnis von Euro -34,0 Mio. (Vorjahr Euro -235,9 Mio.).

Das Finanzanlageergebnis ohne Berücksichtigung der im außerordentlichen Ergebnis enthaltenen Effekte aus den Restrukturierungsmaßnahmen sank von Euro 17,4 Mio. im Vorjahr auf Euro 0,5 Mio. Das Beteiligungsergebnis verbesserte sich deutlich von Euro -34,3 Mio. auf Euro 2,4 Mio. Dies ist auf im Rahmen des Restrukturierungsprozesses durchgeführte Verkäufe von Beteiligungen auf Ebene der AHBR-Tochterunternehmen sowie geringere operative Verluste der Tochterunternehmen zurückzuführen.

Im außerordentlichen Ergebnis in Höhe von Euro -373,8 Mio. sind alle besonderen ergebniswirksamen Effekte erfasst, die in direktem Zusammenhang mit den Restrukturierungsmaßnahmen und der Aufgabe von bisherigen Kerngeschäftsfeldern stehen. Darunter fallen insbesondere Ergebnisbelastungen aus dem weiteren massiven Abbau der Derivatebestände in Höhe von Euro 496,6 Mio. und der Dotierung einer Rückstellung in Höhe von Euro 101,4 Mio. Letztere wurde im Rahmen eines im Geschäftsjahr 2006 fest kontrahierten Vertrags zur Übertragung von Derivaten mit negativen Marktwerten gebildet, der erst Anfang 2007 abgewickelt wurde. Mit dieser Maßnahme hat die Bank die angekündigte Bereinigung des Derivate-Altbestandes weitestgehend abgeschlossen. Hinzu kommen Verluste aus der endgültigen Rückgabe von Pfandbriefen im Rahmen der im Frühjahr 2006 durchgeführten Rückkaufprogramme in Höhe von Euro 107,5 Mio. Diesen Aufwendungen stehen im Wesentlichen außerordentliche Erträge aus dem Verkauf von Wertpapierportfolien und Schuldscheindarlehen in Höhe von Euro 226,1 Mio. und aus Verkäufen von Hypothekenkreditportfolien in Höhe von Euro 118,4 Mio. gegenüber.

Das Ergebnis vor Steuern beläuft sich auf Euro -546,7 Mio. (Vorjahr Euro -1.048,6 Mio.). Der Steuersaldo in Höhe von Euro 28,4 Mio. ist im Wesentlichen auf Steuerbelastungen für mehrere zurückliegende Veranlagungszeiträume zurückzuführen. Wir erwarten aus den Ergebnissen der Betriebsprüfungen für noch offene Veranlagungszeiträume derzeit insgesamt keine weiteren Belastungen. Unter Berücksichtigung des Steuersaldos beläuft sich der Jahresfehlbetrag der Bank zum 31. Dezember 2006 auf Euro 575,1 Mio. (Vorjahr Euro 1.083,4 Mio.). Im Rahmen der Verlustzuweisung werden die stillen Beteiligungen mit Euro 56,0 Mio. und das Genussrechtskapital mit Euro 103,9 Mio. in Anspruch genommen. Der auf die AHBR entfallende Jahresfehlbetrag in Höhe von Euro 415,2 Mio. ergibt zusammen mit dem Verlustvortrag 2005 (Euro 441,6 Mio.) einen Bilanzverlust in Höhe von Euro 856,8 Mio.

### Strategische Neuausrichtung und Ausblick

Im Oktober 2006 startete die AHBR anlässlich der Immobilienmesse Expo Real unter der neuen Marke COREALCREDIT ihr künftiges Geschäftsmodell. Die neue Bank positioniert sich fortan als Spezialist mit konsequentem Fokus auf die gewerbliche Immobilienfinanzierung in Deutschland. Das Angebot umfasst ein integriertes und kapitalmarktorientiertes Spektrum an Finanzierungs- und Beratungsleistungen für professionelle Immobilieninvestoren.

Mit dem neuen Geschäftsmodell orientiert sich die Bank an den Veränderungen im Investitionsverhalten am deutschen Immobilienmarkt. Getrieben von der steigenden Nachfrage ausländischer Investoren nach deutschen Immobilien und dem sich wandelnden Verständnis für eine Immobilie von einem langfristigen zu einem handelbaren Investment gewinnt die im angelsächsischen Raum verbreitete kapitalmarktorientierte Immobilienfinanzierung auch in Deutschland an Bedeutung. Die AHBR begreift diese Entwicklungen als Chance, sich in einem in der Vergangenheit überwiegend von ausländischen Investmentbanken dominierten Markt als Spezialbank zu etablieren. Die Bank wird sich dabei überwiegend auf das mittelständische Kundensegment konzentrieren.

Dem auch in diesem Marktsegment herrschenden Wettbewerbsdruck begegnet die Bank mit Schnelligkeit, Flexibilität und Qualität. Neben einer schlanken und hierarchisch flachen organisatorischen Aufstellung hat die Bank im Rahmen des Restrukturierungsprozesses ihre Abläufe neu definiert. Der für den Kreditprozess entwickelte Deal-Team-Ansatz führt alle für eine Kreditentscheidung notwendigen Spezialisten zusammen und ermöglicht kurze Abstimmungs- und Entscheidungswege für eine zügige, auf die individuellen Bedürfnisse des Kunden zugeschnittene Kreditentscheidung. Sollte sich die Entwicklung zu einem kapitalmarktorientierten Immobilienmarkt in Deutschland weniger dynamisch als von der Bank erwartet gestalten, ist die Bank angesichts ihrer organisatorischen Aufstellung in der Lage, sich flexibel den veränderten Bedingungen anzupassen.

Neben dem Kernprodukt, der Immobilienfinanzierung, wird die Bank weitere Zusatzleistungen wie Derivate und Beratungsleistungen anbieten. Die breite Produktpalette ermöglicht es der Bank, dem Kunden flexibel und qualitativ hochwertig ein gut aufeinander abgestimmtes Finanzierungspaket anzubieten. Die Strukturierung der Finanzierungen erfolgt zunehmend unter dem Gesichtspunkt ihrer Platzierungsmöglichkeiten am Kapitalmarkt. Dabei wird festgelegt, welche Tranchen in welchem Umfang syndiziert, verbrieft oder – zur Refinanzierung vornehmlich über Pfandbriefe – in den eigenen Bestand genommen werden. Das Erfordernis der Kapitalmarktfähigkeit ermöglicht es der Bank, ein breiteres Spektrum an Refinanzierungsalternativen zu nutzen, welches sich für den Investor in aktuellen marktgerechten Konditionen niederschlägt.

Dem neuen Marktauftritt soll jedoch nicht nur durch die neue Marke, sondern auch durch eine vollständige Umfirmierung in COREALCREDIT BANK AG Rechnung getragen werden. Diese soll erfolgen, sobald hierfür im laufenden Geschäftsjahr die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen wurden.

Weitestgehend abgeschlossen ist bereits die Umsetzung der Planung für die personelle Neuaufstellung der Bank. Neben der Erweiterung des Führungsgremiums auf drei Vorstandsmitglieder konnten für zentrale Positionen in operativen Bereichen kompetente Fachleute aus dem Markt gewonnen werden. Wir sind zuversichtlich, dass sich die damit erreichte Marktpräsenz im weiteren Verlauf des Geschäftsjahres im Neugeschäftsvolumen widerspiegelt.

Parallel dazu treibt die Bank ihre Aktivitäten zum Abbau der noch vorhandenen Bestände im Staatskreditgeschäft und in der privaten Immobilienfinanzierung voran. Im ersten Quartal 2007 hat die Bank bereits große Teile des zum Bilanzstichtag noch vorhandenen Bestands an privaten Immobilienfinanzierungen abgebaut. Der Verkauf weiterer Portfolien ist in Planung. Korrespondierend dazu hat die Bank zur Reduzierung des Pfandbriefumlaufs und der damit verbundenen Zinsverbindlichkeiten den Investoren von Hypothekendarlehen im Januar 2007 ein Rückkaufangebot in Höhe von maximal Euro 2,0 Mrd. unterbreitet. Dieses wurde mit einem Volumen von Euro 1,8 Mrd. sehr zufriedenstellend angenommen. Auch die Liquiditätssituation hat sich gegenüber Anfang 2006 deutlich verbessert. Die Ende Januar 2007 ausgelaufene Refinanzierungsfazilität von einem internationalen Bankenkonsortium in Höhe von Euro 3,0 Mrd. ist 2007 in geringerem Umfang verlängert worden und wird bis Mitte April 2007 zurückgeführt. Darüber hinaus kann der Liquiditätsbedarf der Bank über die Aufnahme von Termingeldern von Nicht-Kreditinstituten, von Schuldscheindarlehen und dem fortgesetzten Abbau von Aktiva dargestellt werden. Die niedrige Bonitätsbewertung der Bank durch die Ratingagenturen wird 2007 aufgrund der aktuellen Refinanzierungsstrategie und -struktur keinen Einfluss auf die Liquiditätssituation haben. Mittelfristig erwarten wir eine Verbesserung der Rating-situation.

Die Bank sieht insgesamt ein geeignetes Marktumfeld, um sich nachhaltig im Markt für kapitalmarktorientierte gewerbliche Immobilienfinanzierungen positionieren zu können. Angesichts der wesentlichen Bereinigung des Zins- und Kreditgeschäfts im Jahr 2006 erwarten wir eine deutliche Verbesserung der Ergebnissituation. Die Umsetzung des neuen Geschäftsmodells schreitet plangemäß voran. Die im Jahr 2007 noch ausstehenden Restrukturierungsmaßnahmen werden zu einer deutlichen Reduzierung der Bilanzbestände führen und das Ergebnis beeinflussen. Insgesamt ist die Bank zuversichtlich, für 2007 ein weitgehend ausgeglichenes Jahresergebnis erzielen zu können.

### Organisationsstruktur

Mit der geschäftlichen Neuausrichtung der Bank von einer klassischen Hypothekenbank zu einer Spezialbank für gewerbliche Immobilienkunden ergaben sich auch umfangreiche Veränderungen in der organisatorischen Aufstellung der Bank.

Statt der 2006 noch universell aufgestellten und regional untergliederten Marktfolgeeinheit für das Kreditgeschäft ist seit Anfang 2007 die Einheit Underwriting für die Kreditentscheidungen im Neugeschäft und die Einheit Geschäftsabwicklung für die Folge- und Bestandsbearbeitung zuständig. Zudem gibt es Spezialisten für Vertragserstellung und Auszahlung (Transaction Management) sowie die Intensivbetreuung. Bereits Mitte 2006 wurden Synergien innerhalb des neuen Gesellschafterkreises genutzt und die Problemkreditbetreuung im Rahmen eines Outsourcingvertrages an die darauf spezialisierte Hudson Advisors Germany GmbH übertragen. In diesem Zusammenhang trat eine Outsourcing-Koordinationseinheit an die Stelle der bisherigen Sanierungs- und Abwicklungseinheiten. Die Auslandsrepräsentanzen der Bank wurden vor dem Hintergrund der Aufgabe des Auslandskreditgeschäfts geschlossen.

Die neue Refinanzierungsstrategie sieht Pfandbrief, Verbriefung und Syndizierung als gleichwertige und verzahnte Refinanzierungselemente vor. Entsprechend wurden das Treasury und die Verbriefungseinheit Mortgage Capital Desk zur neuen Structured Funding Unit zusammengeführt, ergänzt um zuvor im internationalen Vertrieb angesiedelte Syndizierungsexperten. Die Einheit Treasury Operations ging im Bereich Finanzen auf, während Kreditentscheidungen zu Staaten und Banken nun dem Underwriting obliegen.

Auch die Prozesse und Instrumente der Risikosteuerung sind an das neue Geschäftsmodell anzupassen. Die Fokussierung reduziert zwar grundsätzlich das Spektrum der möglichen Risikofaktoren, führt aber auch zu höheren Risikokonzentrationen. Ein neues Controlling- und Steuerungssystem – sowohl für Risiko wie für Ertrag –, das bereits Mitte des letzten Jahres parallel zum neuen Geschäftsmodell konzeptionell entstand, wird sukzessive umgesetzt.

## Risikobericht

### Aktuelle Entwicklungen

Neue Anforderungen an Risikocontrolling und -steuerung ergeben sich auch aus den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk), die die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) am 20. Dezember 2005 veröffentlicht hatte. In diesen werden die bisher relevanten Regelungen der Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften (MaH), an die Ausgestaltung der internen Revision (MaIR) und an das Kreditgeschäft (MaK) einheitlich strukturiert und aneinander angepasst sowie um übergreifende Themen ergänzt. Diese betreffen vor allem qualitative Anforderungen, etwa hinsichtlich eines Gesamtrisikoprofils, eines Risikotragfähigkeitskonzeptes sowie einer Geschäfts- und einer Risikostrategie.

Die Anforderungen der MaRisk wurden bei der Grobkonzeption des neuen Controlling- und Steuerungssystems sowie des zugehörigen Umsetzungsplans berücksichtigt. Diesem Plan entsprechend wird die vollständige Umsetzung im Jahr 2007 abgeschlossen. Neue Elemente, die keiner technischen Vorarbeiten bedürfen, sind bereits umgesetzt. Die zur Umsetzung des neuen Geschäftsmodells notwendigen Anpassungen an den IT-Systemen, etwa zur Abbildung von Kredittranchierungen, bedingen auch die Erweiterung der bereits nach MaH und MaK installierten Controlling- und Steuerungssysteme.

Die MaRisk werden von der BaFin als nationale Umsetzung der Basel-II-Säule „aufsichtliches Überprüfungsverfahren“ verstanden. Auch die beiden anderen Basel-II-Säulen „Mindestkapitalanforderungen“ und „Marktdisziplin“, dokumentiert in der Solvabilitätsverordnung (SolvV) vom 14. Dezember 2006, sind im laufenden Geschäftsjahr umzusetzen. Die AHBR strebt an, MaRisk und SolvV mittels der entsprechend hierfür eingerichteten Projekte vollumfänglich im Verlauf des Jahres 2007 zu implementieren. Die erste Meldung nach SolvV soll auf Basis des Kreditstandardansatzes erfolgen.

### Grundsätze für das Risikomanagement

Risikocontrolling und -steuerung der AHBR basieren auf einer systematischen jährlichen Risikoinventur. Ausgangspunkt ist ein Risikokatalog, in dem alle den Bestand und den Erfolg der Bank möglicherweise gefährdenden Risiken zusammengetragen wurden, um eine möglichst vollständige Abdeckung und Bewertung aller potenziellen Risiken zu gewährleisten. Die Vielzahl potenziell relevanter Einzelrisiken lässt sich zu den Risikobereichen globale (externe) Risiken, Unternehmenskulturrisiken, strategische Risiken, finanzwirtschaftliche Risiken sowie Betriebs- und sonstige operationelle Risiken zusammenfassen. Bei der Risikoinventur Ende 2006 lag das besondere Augenmerk auf der Bewertung (mögliche Schadenshöhe, Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikovermeidungsmaßnahmen) von Veränderungen durch das neue Geschäftsmodell.

### Risikotragfähigkeit

Die MaRisk haben den Begriff der Risikotragfähigkeit eingeführt. Diese ist gegeben, wenn die bewerteten Risiken der Bank das sogenannte Risikodeckungspotenzial nicht übersteigen. Die Risikotragfähigkeit ist laufend zu überwachen und zu gewährleisten. Im Risikotragfähigkeitskonzept sind mindestens die als wesentlich erachteten Risiken der Bank zu berücksichtigen, ansonsten obliegt die Ausgestaltung der Bank und hat sich an ihrer individuellen Situation zu orientieren.

Das Risikodeckungspotenzial der AHBR umfasst im Wesentlichen die vorhandenen Eigenmittel. Daraus wird die Risikodeckungsmasse abgeleitet. Dieser werden die aktuellen Adressausfall-, Marktpreis-, Anteilseigner- und operationellen Risiken gegenübergestellt. Die Risiken werden mit regulatorischen beziehungsweise Value-at-Risk-Verfahren gemessen. Das 2006 entwickelte Risikotragfähigkeitskonzept wird 2007 umgesetzt und im Rahmen der umfassenden Anpassung der Steuerungsinstrumente methodisch weiterentwickelt sowie an die Schwerpunkte des neuen Geschäftsmodells angepasst.

Die Messung und Überwachung der einzelnen Risikoarten erfolgt in der Einheit Finanzen. Diese ist ein von Markt- und Handelseinheiten unabhängiger Bereich. Die Berichte der Einheit Finanzen werden dem Vorstand je nach Charakter der Risikoart täglich bis monatlich zur Verfügung gestellt, bei Bedarf auch ad hoc. So wird der Vorstand in die Lage versetzt, in angemessener Zeit auf negative Entwicklungen reagieren zu können.

### Risikostrategie

Die Forderung nach einer ausreichenden Risikotragfähigkeit ist Grundlage für die Risikostrategie. Der Vorstand legt im Rahmen seiner Gesamtverantwortung für die Einrichtung und Überwachung des Risikomanagements die Risikostrategie als Teil der Geschäftsstrategie fest. Mit der Risikostrategie soll die Sicherstellung der Unternehmensexistenz durch Risikobegrenzung und Risikosteuerung gewährleistet werden. Konsistent mit den Zielen der Geschäftsstrategie erfolgt dies unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Bank sowie der Erhöhung der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens insgesamt. Entsprechend wurde die Risikostrategie Anfang 2007 auf Basis der während des Jahres 2006 neu entwickelten Geschäftsstrategie grundsätzlich neu formuliert. Dem Gesamtrisikoprofil Rechnung tragend, existieren neben der übergreifenden Risikostrategie detaillierte Teilstrategien für Kreditausfall-, Marktpreis- und Anteilseignerrisiken. Auch diese wurden vor dem Hintergrund des neuen Geschäftsmodells modifiziert beziehungsweise neu erstellt.

Zentrale Elemente der Risikostrategie sind zum einen qualitative Vorgaben für definierte Geschäftsfelder, etwa in Form einheitlicher Risikogrundsätze, sowie quantitative Begrenzungen für einzelne Risikoarten. Die Einheit Finanzen überwacht die so gesetzten Limits im Rahmen der Risikotragfähigkeitsanalyse und berichtet deren Einhaltung an den Vorstand. Auf diese Weise kann der Vorstand die Angemessenheit der wesentlichen Risiken der Bank zeitnah beurteilen.

Die Risikostrategie der AHBR hat ein unter Abwägung von Risiko- und Ertragsgesichtspunkten adäquates Risikoprofil zum Hauptziel. Jeder Risikonahme muss grundsätzlich auch eine ausreichende Ertragsersparnis gegenüberstehen. Risikokonzentrationen unterliegen grundsätzlich einer besonderen Beobachtung. Auch um diese abzufedern, dürfen nach Vorgabe der Risikostrategie alle im Risikotragfähigkeitskonzept berücksichtigten Risiken maximal 90 Prozent des Risikodeckungspotenzials ausmachen.

### **Controlling und Steuerung einzelner Risikoarten**

Anlässlich der geschäftspolitischen Neuausrichtung der Bank sind die strategischen Risiken von besonderer Bedeutung. Gestützt auf Marktbeobachtungen sehen wir einen ausreichend großen Markt für kapitalmarktfähige gewerbliche Immobilienkredite in Deutschland. Wir gehen davon aus, uns als Spezialist in diesem Marktsegment etablieren zu können. Mit ihrer schlanken organisatorischen Aufstellung besitzt die Bank zudem die Flexibilität, zügig auf Wettbewerbsdruck und Veränderungen in diesem Marktsegment zu reagieren. Daneben werden auch die mit der Restrukturierung der Bank verbundenen rechtlichen Risiken als bedeutend eingestuft und entsprechend intensiv beobachtet.

Bezüglich der operativ zu steuernden allgemeinen Risiken erachtet die AHBR vor allem die finanzwirtschaftlichen Risiken (Marktpreisrisiken einschließlich Zinsänderungsrisiken, Adressausfallrisiken und Anteilseignerrisiken) als die für sie wesentlichsten. Die Controlling- und Steuerungssysteme sind schwerpunktmäßig auf diese sowie das Liquiditätsrisiko ausgerichtet, ohne jedoch die anderen Risiken außer Acht zu lassen. Angesichts des Ausbaus von Advisory-Leistungen und der Servicing-Aufgaben für Verbriefungen wird vor allem das Management operationeller Risiken an Bedeutung gewinnen.

Das übergreifende Risikomanagement wird entsprechend um Prozesse und Instrumente ergänzt, die auf Einzelrisikoebene wirken, also hinsichtlich sowohl einer einzelnen Risikoart als auch eines Einzelrisikos. Derartige Systeme existieren unter anderem für Adressenausfallrisiken, Anteilseignerrisiken, Marktpreisrisiken (vor allem Zinsänderungsrisiken), Liquiditätsrisiken und operationelle Risiken (vor allem Rechtsrisiken).

### Adressenausfallrisiken

Adressenausfallrisiken betreffen die Gefahr des teilweisen oder vollständigen Ausfalls einer von einem Kontrahenten oder Emittenten vertraglich zugesagten Leistung. Außer in der Gefahr, dass einer Zahlungs- oder Lieferungsverpflichtung nicht, nur teilweise oder nur verspätet nachgekommen werden kann (Erfüllungsrisiko/Settlementrisiko), kann die Gefahr auch darin liegen, dass bei Ausfall ein Aufwand zum Abschluss eines deckungsgleichen Geschäfts entsteht (Wiedereindeckungsrisiko). Adressenausfallrisiken im engeren Sinne entstehen aus dem Kontrahenten oder Emittenten selbst; daneben entstehen Adressenausfallrisiken im Hinblick auf das Land der Geschäftsaktivität (Länderrisiken).

- **Adressenausfallrisiken im engeren Sinne: Immobilienfinanzierung**

In der Immobilienfinanzierung greift das Kreditrisikomanagement sowohl bei der Kreditentscheidung als auch während der laufenden Bearbeitung des Kredites bis hin zur gesonderten Betreuung von Problemkrediten.

Auf der Einzelkreditebene stellen organisatorische Maßnahmen sicher, dass die Kreditgewährung risikoorientiert erfolgt. Grundlage jeder Kreditentscheidung ist die fundierte Analyse der Kundenbonität, des zu finanzierenden Objekts und der geplanten Finanzierungsstruktur.

- Die Bonität wird vornehmlich auf Grundlage eines internen Ratingverfahrens beurteilt, des „Probability of Default-Rating“ (PD-Rating). Das PD-Rating, entwickelt in einem Projekt unter Leitung der Bank-Verlag-Gruppe Köln, löste 2006 das bisher genutzte Scoringverfahren ab. In das PD-Rating fließen kunden- und objektspezifische Aspekte ein, und zwar sowohl Finanzkennzahlen als auch weiche Faktoren.
- Ausführliche Objektbewertungen inklusive der Ermittlung eines Beleihungswertvorschlags erfolgen in der Regel durch die zertifizierten Sachverständigen der bankinternen unabhängigen Gutachterstelle oder durch externe zertifizierte Vertrauenssachverständige.
- Die Analyse der geplanten Finanzierungsstruktur erfolgt insbesondere im Hinblick auf die Cashflow-Entwicklung unter Annahme verschiedener (Stress-)Szenarien und Möglichkeiten der Risikominimierung durch den Einsatz von Derivaten oder der Stellung zusätzlicher Sicherheiten.

Die Zuständigkeit für die Kreditentscheidung ist vom Finanzierungsvolumen, dem PD-Rating und dem Marktwertauslauf abhängig. Zwingende Voraussetzung für die Kreditgenehmigung sind zwei positive Voten der Einheiten Vertrieb und Underwriting. Zudem soll jedes Geschäft einen positiven Deckungsbeitrag nach Risiko- und Refinanzierungskosten aufweisen. Auf diese Weise fließen unter anderem das PD-Rating und die Objektbewertung in die Konditionierung einer Finanzierung ein.

Dieses sogenannte risikoadjustierte Pricing wurde 2006 für das neue Geschäftsmodell grundsätzlich neu konzipiert und implementiert. Hierbei wurde davon profitiert, dass 2006 erstmals auch eine qualitative Validierung der geschätzten Ausfallwahrscheinlichkeiten für die einzelnen PD-Rating-Klassen auf Basis des aktuellen Datenpools eingeleitet wurde. Ebenso fließen in das risikoadjustierte Pricing die geschätzten Erlösquoten der finanzierten Objekte ein. Diese werden im Rahmen des Gemeinschaftsprojekts „LGD-Grading“ unter Leitung des Verbands deutscher Pfandbriefbanken geschätzt. Für die interne Parameterschätzung konnte 2006 eine erste umfassende Testphase des Rechenmoduls erfolgen. Beide Schätzungen werden laufend aktualisiert, so wie auch die Methodik ständig weiterzuentwickeln ist.

Ab Genehmigung werden Kredite mithilfe eines Risikofrüherkennungssystems, der Gefährdungspotenzialanalyse (GPA), überwacht. Diese wird monatlich zum Ultimo erstellt und ausgewertet. Anhand der Klassifizierung der Immobilienkredite in Gefährungsgrade können Rückschlüsse auf den Risikogehalt des einzelnen Kreditengagements, aber auch des gesamten Kreditportfolios gezogen werden. Die Ergebnisse der GPA werden zudem unterstützend für die Bildung von Einzelwertberichtigungen herangezogen. Anlässlich des Outsourcing der Bearbeitung des Non Performing Loans-Portfolios fanden 2006 grundlegende Neuüberprüfungen dieser Engagements statt, aus der die notwendigen Einzelwertberichtigungen abgeleitet wurden. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse werden im Laufe des Jahres 2007 in die GPA übernommen.

Darüber hinaus wird die Struktur des gesamten Darlehensportfolios quartalsweise mittels der Portfoliostrukturanalyse (PSA) überwacht. Aus der Analyse verschiedener Einzelfaktoren (Objektart, Objektnutzung, Vergaberegion, Größenklasse des Kredits, Zusagezeitraum etc.) werden Aussagen über strukturelle Entwicklungen und Tendenzen im Bestand und Neugeschäft getroffen. Ferner wird das Portfolio auf eventuelle Risikokonzentrationen hin untersucht. Die PSA-Auswertungen bilden gemeinsam mit den Ergebnissen der GPA eine wesentliche Grundlage für die angemessene Diversifizierung des Kreditportfolios, die dem Kreditportfolioteam als Entscheidungsgrundlage dienen und im Rahmen des regelmäßig zu erstellenden Risikoberichts dem Aufsichtsrat zugehen.

Bedingt durch die strategische Neuausrichtung mit der Fokussierung auf die gewerbliche Immobilienfinanzierung in Deutschland befinden sich die Risikomessinstrumente GPA und PSA in einer Überprüfungsphase. Um die Instrumente an die zukünftigen Anforderungen mit dem Ziel anzupassen, eine effiziente und risikogerechte Portfoliosteuerung zu gewährleisten, wird zurzeit der Anpassungsbedarf spezifiziert. Geplant ist unter anderem eine engere Verknüpfung von PD-Rating und Gefährdungsgrad im Rahmen eines neu konzipierten Risikoklassifizierungsverfahrens.

Die Risikosituation des Non Performing Loan-Portfolios und des übrigen durch den Abbau der Fördermittel in der Region Berlin latent gefährdeten Kreditbestandes hat sich durch den strategischen Wechsel von einer Entwicklungs- zu einer kurzfristigeren Abwicklungsstrategie und die Vergabe dieser Tätigkeit an Hudson Advisors Germany GmbH verbessert. Der Spezialist für die Abwicklung notleidender Kredite gewährleistet eine intensive Betreuung der einzelnen Darlehen und ein proaktives Management des Gesamtportfolios. Der Bank obliegt weiter die Pflege der Daten in ihren Systemen.

Die Bank hat im Berichtsjahr Maßnahmen zur konsequenten Verbesserung ihrer Datenqualität im gesamten Kreditportfolio eingeleitet, um sowohl die Wirksamkeit der Steuerungsinstrumente als auch ein zielgerichtetes Reporting sicherstellen zu können. Weiter auszubauen sind die internen Prozessabläufe, insbesondere im Schnittstellenbereich zum Outsourcer. Durch ein erweitertes und vertieftes Outsourcing-Controlling sollen die den Risikoanalysen zugrunde liegenden Datenhaushalte qualitativ weiter verbessert werden.

- **Adressenausfallrisiken im engeren Sinne:  
Staatsfinanzierung und Interbankengeschäft**

Kontrahenten der AHBR im Geld- und Kapitalmarktgeschäft sind öffentliche und private Geschäftsbanken, Investmentbanken sowie Nichtbanken. Zudem bestehen bis zur erfolgreichen Rückführung des Staatskreditgeschäfts noch Geschäftsverhältnisse mit öffentlichen Schuldnern im In- und Ausland. Das Geschäft mit diesen Adressen ist vergleichsweise risikoarm, jedoch gelten auch hier ähnliche Grundsätze wie in der Immobilienfinanzierung.

Interne Linien dienen dazu, das Adressenausfallrisiko unserer Geld- und Kapitalmarkt-kontrahenten zu begrenzen. Die AHBR ist bestrebt, Geschäfte nur mit solchen staatlichen Adressen und Banken einzugehen, deren Adressenausfallrisiko gering bzw. nahezu ausgeschlossen ist. Die in den Vorjahren umgesetzte Erweiterung der Laufzeitbandsystematik ermöglicht es der Bank, die Risiken sehr detailliert darzustellen. Unter Einbeziehung von internen Bonitätsklassen, Länderklassen und haftendem Eigenkapital werden von der Einheit Underwriting individuelle Obergrenzen und Laufzeitbänder für die Kontrahenten festgelegt.

Zur Steuerung von Zinsänderungs- und Währungsrisiken sowie zur Margensicherung im Kreditgeschäft werden mit geeigneten Geschäftsbanken und Investmentbanken derivative Finanzgeschäfte (Swaps, Termingeschäfte, Optionen) abgeschlossen. Die aus diesen Derivaten resultierenden Adressenausfallrisiken werden über Collateral-Vereinbarungen reduziert. Das Collateral Management System wird kontinuierlich weiterentwickelt und verbessert. Dadurch kann die Genauigkeit der Risikoermittlung erhöht und die Abwicklung stark standardisiert werden.

Im Jahr 2006 hat die Bank die strategische Entscheidung getroffen, das Staatskreditgeschäft einzustellen und die Bestände sukzessive abzubauen. Abläufe, Risikomessung und -steuerung werden sich dieser Bestandsentwicklung anpassen, indem sie mit abnehmender Komplexität der Geschäfte vereinfacht werden.

- **Länderrisiken**

Länderrisiken bestehen, wenn der Kontrahent oder Emittent aus einem anderen Land stammt als der Gläubiger und wegen anderer wirtschaftlicher, politischer und sozialer Einflüsse die Gefahr besteht, dass Transfers oder Konvertierungen nicht mehr möglich sind.

Die aus den Geschäftsaktivitäten der AHBR resultierenden Länderrisiken, die im Wesentlichen das Staatskreditportfolio betreffen, sind in einem bankweiten Länderlimit-system erfasst, das eine qualitative und quantitative Klassifizierung und Begrenzung der Länderrisiken ermöglicht. Die jeweiligen Länderlimite sind für die Gesamtbank als maximale Risikoobergrenzen festgelegt. Die Einstufung jedes Landes in eine interne Länderklasse sowie die Zuordnung zu einer Größenklasse – beides maßgebliche Kriterien für die Limithöhe – werden mindestens einmal jährlich überprüft. Zudem werden die wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen in den Ländern, bezüglich der für die Bank Länderrisiken bestehen, kontinuierlich überwacht.

Der Schwerpunkt des Auslandsportfolios liegt auf Ländern mit besonders gutem Rating. Nach derzeitigem Erkenntnisstand sehen wir für Länderrisiken keinen Risikovor-sorgebedarf. Im künftigen fokussierten Geschäftsmodell wird diese Risikoart tendenziell von geringerer Bedeutung sein.

### **Anteilseignerrisiken**

Anteilseignerrisiken bezeichnen die Gefahr, dass aus der Bereitstellung von Eigenkapital an Dritte Verluste entstehen.

Der Anteilsbesitz der AHBR hat sich 2006 durch den Erwerb weiterer Zweckgesellschaften qualitativ verändert, insbesondere durch jene, die im Rahmen der Refinanzierungsaktivitäten genutzt werden. Die Bank ist mittel- und unmittelbar Anteilseigner an 41 Gesellschaften. Die neu hinzugekommenen Gesellschaften wurden im Zusammenhang mit der Restrukturierung und geschäftspolitischen Neuaufstellung der Bank erworben. Die für die Erreichung des mit der strukturellen Gesamtsituation der Bank verknüpften Geschäftszwecks notwendigen Prozesse verlaufen erwartungsgemäß. Neben dem jeweils vorgesehenen Geschäftszweck werden bei den einzelnen Gesellschaften auch Steuereffekte erwartet, deren planmäßige Realisierung in die Beteiligungsbewertung eingeflossen ist.

Eine wesentliche Anzahl der Beteiligungen besteht jedoch aus Tochtergesellschaften, die ausschließlich Immobilienvermögen halten. Die Immobilien stammen aus Rettungserwerben oder wurden zum Zwecke der Eigennutzung erworben. Im Rahmen des neuen Geschäftsmodells wird eine schnelle Vermarktung dieser Immobilien und Beteiligungen angestrebt. Bereits 2006 konnte ein umfangreicher Bestand veräußert werden. Nach der Neubewertung im Vorjahr sehen wir keine weiteren Risiken aus Beteiligungen. Förderlich sollte sich auch auswirken, dass die Immobilienverwaltung durch ihre Übertragung auf die Hudson Advisors Germany GmbH professionalisiert werden konnte.

Die Risiken aus den verbliebenen Objekten werden laufend gemessen und bewertet. Hierfür ist das Beteiligungscontrolling innerhalb der Einheit Finanzen verantwortlich.

### Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken bestehen in der Gefahr, dass Positionen aufgrund von Entwicklungen der Höhe oder der Volatilität von Preisen an Finanzmärkten an Wert verlieren. Je nach relevantem Marktsegment unterscheidet die AHBR zwischen Zinsänderungs-, Währungs- und Spreadrisiken, jeweils einschließlich der zugehörigen Options- bzw. Volatilitätsrisiken.

Aktienkurs- und sonstige Preisrisiken sind für die AHBR nicht von Bedeutung. Die Bank besitzt den Status eines Nichthandelsbuchinstituts, d. h., Handelsaktivitäten, die ausschließlich auf die Realisierung von Kursgewinnen abzielen, sind nicht gestattet.

- **Zinsänderungsrisiken**

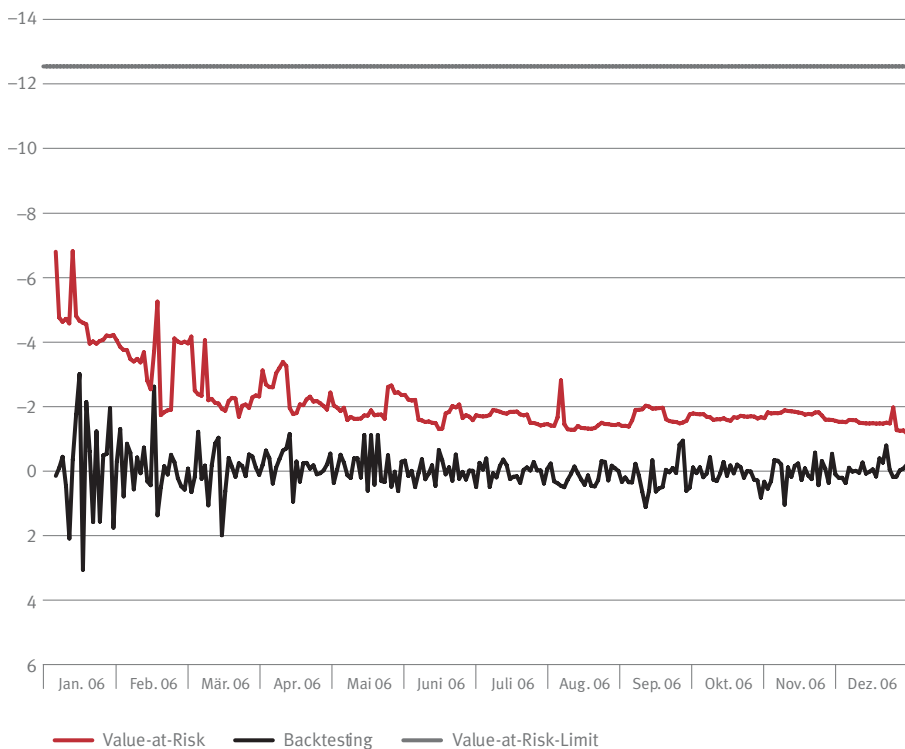
Zinsänderungsrisiken sind für die AHBR die bei weitem bedeutendsten Marktpreisrisiken. Sie treten vor allem als Zinsspannenrisiken auf, wenn Marktzensänderungen zulasten der Zinsspanne gehen, und als Marktwerttrisiken, wenn Änderungen des Zinsniveaus zu einem Marktwertrückgang von Aktiv-, Passiv- oder Derivatepositionen führen.

Die AHBR misst die Zinsänderungsrisiken sowohl mittels Value-at-Risk (VaR) als auch mithilfe der PVBP-Methode (Present Value of a Basis Point). Beide Verfahren sind Grundlage mehrerer Limits in der Risikostrategie. Die Steuerung der Zinsänderungsrisiken innerhalb dieser Limits wird von der Structured Funding Unit in enger Zusammenarbeit mit dem Komitee zur Aktiv-/Passivsteuerung verantwortet. Das Komitee analysiert wöchentlich die aktuelle Marktlage der Bank, um daraufhin bei Bedarf die Positionierung anzupassen. Die Überwachung der Marktpreisrisiken erfolgt durch die Einheit Finanzen, die regelmäßig an die verantwortlichen Stellen berichtet.

Das Limit für den VaR zum Konfidenzniveau 99 Prozent, einer Haltedauer von einem Tag sowie bei exponentiell gewichteter Historie von 125 Tagen betrug im Jahresverlauf Euro 12,5 Mio. Damit ergaben sich bei einem durchschnittlichen VaR von Euro 2,1 Mio. und einem maximalen VaR von Euro 6,9 Mio. Auslastungen in Höhe von durchschnittlich 17 Prozent, respektive maximal 55 Prozent.

Im Berichtsjahr ergab sich keine Überschreitung des prognostizierten VaR im Rahmen einer täglich durchgeführten Überprüfung (Backtesting). Somit ist eine hinreichende Genauigkeit des VaR-Modells gewährleistet. Angesichts des neuen Geschäftsmodells soll das VaR-Modell ab Mitte 2007 auf eine längere Haltedauer umgestellt werden.

### Value-at-Risk im Jahresverlauf 2006



- **Währungsrisiken**

Währungsrisiken sind durch Wechselkursveränderungen hervorgerufene Verluste. Ertragsbelastend wirken sich diese nur dann aus, wenn die Gesamtposition der Bank nicht ausgeglichen ist. Offene Positionen können hierbei als Folge betragsmäßiger Differenzen bei Währungspositionen gleicher Fristigkeit (Devisenkursrisiko) und/oder aufgrund unterschiedlicher Fälligkeiten der Liefer- und Abnahmeverpflichtungen (Swap-satzrisiko) auftreten.

Bilanzpositionen in Fremdwährungen sichert die AHBR gemäß ihrer Risikostrategie grundsätzlich über entsprechende derivative Finanzinstrumente ab. Hierzu werden Fair Value Hedges oder Cashflow Hedges angewandt, und zwar möglichst auf Einzelgeschäftsebene.

- **Spreadrisiken**

Ein Credit Spread ist der – gegenüber der Verzinsung einer ausfallrisikolosen, aber ansonsten vergleichbaren Anlage – am Markt übliche Margenaufschlag, der sich aus dem Adressenausfallrisiko einer Position ergibt. Das Credit Spread-Risiko bezeichnet die Gefahr, dass sich der zu berücksichtigende Credit Spread verändert, entweder durch Bonitätsverschlechterung des Kontrahenten/Emittenten oder durch eine veränderte Marktbeurteilung derartiger Bonitäten.

Die AHBR berücksichtigt Credit Spreads bei der Bewertung ihrer Geld- und Kapitalmarktpositionen. Dadurch lassen sich auch Szenariosimulationen hinsichtlich veränderter Credit Spreads vornehmen. Für das neue Geschäftsmodell werden zukünftig auch die Credit Spreads für Verbriefungstranchen relevant sein, da zwischen Kreditkonditionierung bzw. -auszahlung einerseits und Refinanzierung des Darlehens mittels Verbriefung andererseits ein gewisser Zeitraum liegen wird.

### **Liquiditätsrisiken**

Unter Liquiditätsrisiken versteht man im engeren Sinne die Gefahr, dass die Bank Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt der Fälligkeit nicht nachkommen kann. Hinzu zählt man zudem die Refinanzierungsrisiken, wenn bei Bedarf nicht ausreichend Liquidität zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann, und die Marktliquiditätsrisiken, wenn aufgrund unzulänglicher Markttiefe oder Marktstörungen Geschäfte nicht oder nur mit Verlusten aufgelöst bzw. glattgestellt werden können.

Neben der Einhaltung des hierfür eingeführten Grundsatz II gemäß KWG überwacht die AHBR ihr Liquiditätsrisiko durch eine wöchentliche Liquiditätsplanung und eine tägliche Liquiditätsdisposition. In die Liquiditätsplanung fließen alle erwarteten Zahlungsströme der nächsten zwölf Monate ein. Hieraus werden die notwendigen, Liquidität schaffenden Maßnahmen der Structured Funding Unit abgeleitet.

Die Bank passt ihre Refinanzierungsstrategie den vorherrschenden Bedingungen laufend an und nutzt ab 2006 bei abnehmendem Refinanzierungsvolumen verstärkt die Instrumente Termingeld und Schuldscheindarlehen. Mit der fortschreitenden Positionierung des neuen Geschäftsmodells wird die Bank neben dem Hypothekendarlehen auch die Kapitalmarktinstrumente Verbriefung und Syndizierung einsetzen.

Die der Bank ursprünglich bis Ende Januar 2007 von einem internationalen Bankenkonsortium zur Verfügung gestellte Refinanzierungsfazilität wurde in deutlich geringerem Umfang verlängert und wird bis Mitte April 2007 zurückgeführt. In Verbindung mit dem Abbau nichtstrategischer Bestände, einem optimierten Deckungsstockmanagement sowie der zunehmenden Hereinnahme von Termingeldeinlagen mit Nichtbanken kann der Liquiditätsbedarf aus heutiger Sicht durchgehend für das Geschäftsjahr 2007 gedeckt werden. Die bis Ende März 2007 erfolgten Ratingherabstufungen haben daher keine negativen Auswirkungen auf die Refinanzierungsmöglichkeiten.

### Operationelle Risiken

Als operationelle Risiken wird die Gefahr von Verlusten bezeichnet, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen eintreten. Ein wesentlicher Teilaspekt sind die rechtlichen Risiken.

- **Allgemeine operationelle Risiken**

Die Beurteilung operationeller Risiken erfolgt im Detail im Rahmen der jährlichen Risikoinventur. Diese soll perspektivisch durch eine eigene Schadensfall-Datenbank ergänzt werden. Darüber hinaus hat die AHBR diverse Verfahren etabliert, die auf der operativen Ebene wirksam sind.

Durch die Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips in allen Bereichen beugt die Bank menschlichen Fehlern und kriminellen Handlungen vor. Alle Richtlinien und Ablaufbeschreibungen können jederzeit im ausführlichen Organisationshandbuch eingesehen werden. In enger Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen überprüft die Einheit IT/Bankorganisation regelmäßig die Angemessenheit der Organisationsrichtlinien und Ablaufbeschreibungen.

Für die Angemessenheit der technischen Ausstattung und das dafür erforderliche Know-how ist ebenfalls die Einheit IT/Bankorganisation verantwortlich. Sie überprüft regelmäßig die technische Infrastruktur der Bank und stellt den störungsfreien Betrieb von Infrastruktur, IT-Systemen, IT-Anwendungen sowie sonstiger Technik sicher. Hierzu gehören auch Notfallplanungen und -übungen.

Die quantitative Personalausstattung orientiert sich am Bedarf des neuen Geschäftsmodells. Die angemessene Qualifikation der Mitarbeiter wird mittels positionsgerechter Qualifizierungsmaßnahmen sichergestellt. Die Entwicklung eines der neuen Struktur der Bank angepassten Zielvereinbarungssystems ist für das erste Halbjahr 2007 vorgesehen. Bedingt durch den Stellenabbau und Fluktuation sind im abgelaufenen Jahr temporär personelle Engpässe entstanden, zu deren Beseitigung Neueinstellungen, der Einsatz von Zeitarbeitskräften sowie Qualifizierungsmaßnahmen auch zukünftig vorgenommen werden.

- **Rechtliche Risiken**

Die AHBR bezeichnet potenzielle Verluste aus Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen, aus geänderten oder neuen Gesetzen, aus der Umsetzung der aktuellen Rechtsprechung sowie aus vertraglichen Vereinbarungen als rechtliche Risiken. Die Rechtsabteilung innerhalb der Einheit Recht und Personal fungiert als interner Dienstleister bei allen juristischen Fragen. Sie überprüft die Veränderungen des rechtlichen Umfelds auf ihre Relevanz für die Bank. Neben der Beratung der verschiedenen Fachabteilungen werden, soweit erforderlich, Verträge neu konzipiert oder angepasst. Ferner ist sie für die Betreuung gegen die Bank anhängiger Gerichtsverfahren zuständig.

Die von der Bank Ende 2004 erhobenen Klagen gegen Fonds, die aufgrund einer inzwischen konkretisierten Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zum Schutz unserer Forderungen erforderlich geworden waren, wurden inzwischen rechtskräftig gewonnen oder vergleichsweise geregelt. Die Entscheidung in einem Verfahren steht noch aus.

Im Zusammenhang mit Derivategeschäften hat die AHBR Mitglieder des Vorstands, soweit diese von Mitte 2001 bis Mitte 2002 diesem Gremium angehörten, auf Zahlung von Schadensersatz in Höhe von Euro 250,0 Mio. verklagt. Die Klage wurde in erster Instanz abgewiesen. Die seitens der Bank eingelegte Berufung wird derzeit vor dem Oberlandesgericht Frankfurt verhandelt. Der Ausgang des Verfahrens ist offen.

Gegen Beschlüsse der Hauptversammlung vom 21. Juni 2006 wurden von drei Aktionären Anfechtungs- und Nichtigkeitsklagen erhoben. Das Landgericht Frankfurt hat diesen Klagen in sechs von sieben Punkten stattgegeben. Gegen das Urteil haben beide Seiten, soweit sie unterlagen, Berufung eingelegt. Die Entscheidung des Oberlandesgerichtes steht noch aus. Aufgrund des Inhalts der angefochtenen Beschlüsse sind Auswirkungen auf die Vermögens- und Ertragslage auch im Falle des Unterliegens der AHBR nicht zu erwarten.

In der ersten Hälfte des Berichtsjahres haben stille Gesellschafter außergerichtlich versucht, die Restrukturierung zu blockieren, in einem Fall auch gerichtlich. In der zweiten Hälfte des Berichtsjahres haben mit Ausnahme eines Investors alle stillen Gesellschafter ihre Anteile an eine zur Lone Star-Gruppe gehörende Gesellschaft verkauft. Mit dem Wechsel der stillen Gesellschafter wurden die im Berichtsjahr zum Teil öffentlich erhobenen Einwendungen und Vorbehalte gegen die geplanten Restrukturierungsmaßnahmen der Bank nicht mehr erhoben, der Restrukturierungsprozess konnte plangemäß fortgeführt werden. Die Eintragung ins Handelsregister steht wegen eingereichter Anfechtungsklagen gegen die entsprechenden Beschlüsse der Hauptversammlung noch aus.

Fünf Aktionäre haben gegen die Beschlüsse der außerordentlichen Hauptversammlung vom 31. Oktober 2006, die im Wesentlichen die Zustimmung zur Übertragung stiller Gesellschafter auf einen anderen stillen Gesellschafter betrafen, Klage erhoben. Das Landgericht Frankfurt hat die Klagen am 30. März 2007 abgewiesen. Gegen das Urteil ist die Einlegung eines Rechtsmittels möglich, sodass die Entscheidung noch nicht rechtskräftig ist.

Einige Genussrechtinhaber haben die AHBR gerichtlich auf Zahlung von Schadensersatz wegen des Eintritts von Verlusten im Zusammenhang mit ihrer Investition in Anspruch genommen und die Klage mit einem Antrag nach dem KapMuG verbunden. Damit wird die Möglichkeit einer Sammelklage eröffnet. Die Bank erachtet die vorgebrachten Argumente nach intensiver rechtlicher Prüfung als sachlich nicht begründet. Eine Entscheidung des zuständigen Gerichts, ob diesem Antrag stattgegeben wird, steht noch aus. Gerichtliche Verhandlungen fanden diesbezüglich noch nicht statt.

Die Berechnung der Verlustbeteiligung für die Genussscheininhaber und die stillen Beteiligten ab 2005 erfolgte in Auslegung der zugrunde liegenden vertraglichen Regelungen. Zu Einzelheiten verweisen wir auf den Anhang.

### Deckungsstockmanagement

Die AHBR ist eine Pfandbriefbank im Sinne des Pfandbriefgesetzes. Als Deckungsmassen für die in Umlauf befindlichen Pfandbriefe dienen hauptsächlich Immobilienkredite und Kredite an öffentliche Stellen bzw. Kredite, die von öffentlichen Stellen gewährleistet sind.

Das Pfandbriefgesetz schreibt die Verwendung eines geeigneten Risikomanagementsystems vor, das Risiken für die Deckungsmassen und die darauf gründenden Emissionen steuert und überwacht. Dieses System ist Bestandteil des allgemeinen Risikomanagementsystems der Bank.

Die AHBR hat für den Deckungsstock ein duales Limitsystem implementiert, das die ausreichende Höhe und Qualität der Deckungsmasse im Insolvenzfall der Bank sicherstellen soll. Zur Gewährleistung einer jederzeit ausreichend hohen Überdeckung wurde ein täglich einzuhaltendes Limit festgesetzt. Ausgangspunkt ist ein täglich durchgeführter Stresstest im Sinne der Pfandbrief-Barwertverordnung. Dadurch wird die sichernde Überdeckung in Höhe von zwei Prozent auch bei starken Zins- und Währungskursänderungen garantiert. Das Limit setzt sich aus der sichernden Überdeckung und einem Aufschlag für Marktpreisrisiken, Kreditausfallrisiken und operationellen Risiken zusammen.

Darüber hinaus existiert ein monatlich einzuhaltendes Limit. Hierfür wird ein Risikodeckungspotenzial bestimmt, das höher sein muss als die einzelnen Beträge für die Marktpreis- und Kreditausfallrisiken. Separat wird das kurzfristige Liquiditätsrisiko überwacht. Für die Beurteilung des Liquiditätsrisikos wird für einen Zeithorizont von 180 Tagen dem kumulierten Liquiditätssaldo das Volumen Repo-fähiger Wertpapiere in der jeweiligen Deckungsmasse gegenübergestellt.

Zusätzlich zum dualen Limitsystem hat die AHBR ein Modell umgesetzt, mit dem die Bedienung der Pfandbriefgläubiger aus dem Deckungsstock im Zeitablauf nachgebildet wird. Es wird überprüft, ob die Einzahlungen aus dem Deckungsstock ausreichen, um die Auszahlungen für die Pfandbriefgläubiger zu gewährleisten. Dieses kann mit dem Vermögensendwert als Beurteilungsgröße zur Sicherheit des Pfandbriefs simuliert werden. Auch hierbei werden Marktpreis- und Kreditausfallrisiken berücksichtigt.

Die Fokussierung des Geschäftsmodells auf gewerbliche Finanzierungen und der damit einhergehende Abbau der wohnungswirtschaftlichen Darlehen bewirken eine Veränderung der Struktur des Hypothekendeckungsstocks. Der Anteil gewerblicher Beleihungen in dieser Deckungsmasse wird zunehmen. Diesem Strukturwandel innerhalb des Hypothekendeckungsstocks trägt das Risikomanagement Rechnung, indem das Risikocontrollinginstrumentarium um Methoden aus dem Bereich von Mortgage Backed Securities (MBS), basierend auf Finanzierungs- und Mietvertragskonditionen und daraus resultierenden Kennzahlen wie der Debt-Service Coverage Ratio (DSCR) und der Interest Coverage Ratio (ICR), erweitert wurde.

Die Bank weist zum 31. Dezember 2006 sowohl nominal als auch barwertig eine deutlich über das gesetzlich geforderte Maß hinausgehende Überdeckung aus.

**Ergebnisse der barwertigen Deckungsrechnung zum 31.12.2006 (in Mio. Euro)  
nach Deckungsstöcken**

	Hypothekendeckungsstock					
	Nominal		Barwert		Stresstest- Risikobarwert	
	(Vorjahr)		(Vorjahr)		(Vorjahr)	
Pfandbriefe	8.117	(14.258)	8.208	(14.719)	8.009	(14.369)
Deckungsmasse	9.101	(15.685)	9.539	(16.964)	9.196	(16.240)
Überdeckung	984	(1.427)	1.331	(2.245)	1.187	(1.871)
	12,13 %	(10,01 %)	16,22 %	(15,25 %)	14,82 %	(13,02 %)

	Öffentlicher Deckungsstock					
	Nominal		Barwert		Stresstest- Risikobarwert	
	(Vorjahr)		(Vorjahr)		(Vorjahr)	
Pfandbriefe	17.719	(26.498)	18.387	(28.136)	17.700	(26.975)
Deckungsmasse	19.252	(28.943)	20.190	(31.278)	19.373	(29.740)
Überdeckung	1.533	(2.445)	1.803	(3.142)	1.673	(2.765)
	8,65 %	(9,23 %)	9,80 %	(11,17 %)	9,45 %	(10,25 %)

Auch für 2007 ist es erklärtes Ziel der AHBR, dem selbst gesetzten hohen Anspruch an die Pfandbriefqualität gerecht zu werden. Den Auswirkungen der Restrukturierungsmaßnahmen auf die Struktur der Deckungsstöcke wirkt die Bank durch interne Mindestanforderungen an das Deckungsstockmanagement entgegen. Diese wurden den Pfandbriefinvestoren im Rahmen der Veröffentlichung einer freiwilligen Selbstverpflichtung der Bank im Januar 2007 transparent gemacht. Neben der Einhaltung bestimmter Liquiditätskriterien wird auch eine nominale Mindestüberdeckung von aktuell 6 Prozent für den Öffentlichen und 13 Prozent für den Hypothekendeckungsstock festgeschrieben. Änderungen sind von der Bank mindestens vier Wochen vor Inkrafttreten zu veröffentlichen. Die jeweils aktuelle Selbstverpflichtung ist auf der Internetseite [www.ahbr.de](http://www.ahbr.de) in der Rubrik „Pfandbriefe“ veröffentlicht. Dort erfolgten auch die Informationsveröffentlichungen gemäß den Transparenzvorschriften des Pfandbriefgesetzes.

## Personalbericht

### Grundsatz

Die Ausrichtung der Bank auf ihr neues Geschäftsmodell COREALCREDIT hatte im Geschäftsjahr 2006 massive Auswirkungen auf Personalbestand und -struktur. Neben der mittel- und langfristigen Reduzierung der Personalkosten galt es, eine moderne Organisation zu entwickeln und zu implementieren, die den geänderten Anforderungen des Marktes und des neuen Geschäftsmodells gerecht wird. In diesem Zusammenhang hat die Bank mit der Arbeitnehmervertretung zunächst einen Sozialplan vereinbart, der die Milderung der wirtschaftlichen Nachteile regelt, die den Arbeitnehmern der AHBR infolge der Betriebsänderung entstehen. Gegenstand dieser Betriebsänderung waren zunächst die vier Teilbereiche „Öffentlicher Sektor“, „International“, „Non Performing Loans“ und „Retail“. Hierzu wurden jeweils Teilinteressenausgleiche vereinbart.

Die Neustrukturierung der Bank und absehbare Auswirkungen auf die Mitarbeiter wurden mit der Arbeitnehmervertretung konstruktiv besprochen. Gleichzeitig sollen im Rahmen der Organisationsänderung der Gesamtbank Betriebsteile, die nicht mehr den Kerngeschäftsfeldern der Bank zuzurechnen sind, den Aufbau der künftigen Bank unterstützen.

Mit Abschluss eines weiteren Teilinteressenausgleichs „Kernbank einschließlich Infrastruktur“ und ergänzenden Vereinbarungen zum Sozialplan sowie einer Vereinbarung mit dem Sprecherausschuss wurde der kollektivrechtliche Rahmen für die neue Struktur der Bank abgeschlossen, die im Zuge der Umsetzung des neuen Geschäftsmodells zum 1. Januar 2007 in Kraft trat.

Auf die Wiederaufnahme der bereits im letzten Berichtszeitraum ausgesetzten Gespräche zur Neuregelung der betrieblichen Altersvorsorge wurde einvernehmlich verzichtet.

### Personalbetreuung

Im Zuge der neuen strategischen Ausrichtung hat die Bank auch ihre Organisationsstruktur den neuen Anforderungen angepasst. Die Struktur sieht zunächst eine durchschnittliche Mitarbeiterkapazität von mindestens 160 Planstellen vor. Die Hierarchie unterhalb des dreiköpfigen Vorstands wurde von vormals zwei Ebenen auf eine Führungsebene reduziert. Aufgrund geänderter Funktionalitäten und Prozessabläufe, aber auch zur Steigerung der Effizienz wurden teilweise neue Abteilungen gebildet und Organisationseinheiten zusammengelegt. Soweit nicht bereits im Berichtsjahr erfolgt, wurden die Mitarbeiter zum 1. Januar 2007 diesen neuen Einheiten zugeordnet bzw. in neue

Funktionen versetzt. Begründet in der geänderten geschäftspolitischen Ausrichtung und sich daraus ergebenden neuen Anforderungsprofilen, hat die Bank für wichtige strategische Positionen selektiv Neueinstellungen vorgenommen.

Im Rahmen der organisatorischen Neuaufstellung der Bank wurden bis zum 31. Dezember 2006 insgesamt 63 betriebsbedingte Kündigungen ausgesprochen. Bis zum 31. März 2007 werden weitere 6 Mitarbeiter die Bank betriebsbedingt verlassen. Plangemäß wird der Stellenabbau im Jahr 2007 weitestgehend abgeschlossen.

Den Mitarbeitern, die im Zuge der betrieblichen Reorganisation ihren Arbeitsplatz verloren haben, wurde eine Outplacement-Beratung angeboten. Ziel dieser externen Dienstleistung ist es, die betroffenen Mitarbeiter hinsichtlich einer neuen beruflichen Perspektive professionell zu beraten und sie durch Arbeitssuche und Marketingmaßnahmen zu unterstützen. Diese Maßnahme wurde von den betroffenen Mitarbeitern sehr gut und erfolgreich angenommen. 82 Prozent der teilnehmenden Mitarbeiter haben im Rahmen des Beratungsprogramms ein neues Arbeitsverhältnis eingehen können.

Aufgrund von Fluktuation (Arbeitnehmereigenkündigungen, Vorruhestand, Tod sowie Nicht-Übernahme aus Probezeit) reduzierte sich der Personalbestand um 110,4 MAK (Mitarbeiterkapazitäten) bei 14 Eintritten und 111 Austritten.

Unter Einbeziehung der 2006 wirksam gewordenen betriebsbedingten Kündigungen, der einvernehmlich vereinbarten Aufhebungsverträge sowie der im Zuge des Betriebsübergangs ausgeschiedenen Mitarbeiter und der bereits genannten fluktuationsbedingten Personalveränderungen reduzierte sich der Mitarbeiterbestand insgesamt (ohne Vorstand) zum 31. Dezember 2006 um 160 Mitarbeiter auf 202 Mitarbeiter.

Der Anteil der weiblichen Beschäftigten lag bei 41 Prozent der Belegschaft. Das Durchschnittsalter lag im Berichtsjahr bei 42,9 Jahren, die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit betrug 8,4 Jahre.

### Personalentwicklung

Die Anzahl aller internen Schulungen belief sich auf 15 Veranstaltungen mit insgesamt 103 Teilnehmern. Die Schwerpunkte lagen dabei auf den Themen der Beleihungswertermittlung, Bürgschaften, Basel II, SAP, IAS, IFRS sowie EDV-unterstützenden Kursen und Sprachunterricht.

Zusätzlich zum internen Weiterbildungsangebot wurden 183 externe Seminartage absolviert. Im Berichtsjahr wurden insgesamt Euro 140,0 Tsd. bzw. durchschnittlich 1,7 Seminartage pro Mitarbeiter in die Weiterbildung investiert.



# 2006

**Jahresabschluss**

Bilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

## Jahresbilanz zum 31. Dezember 2006

AKTIVA			2006	2005
	EUR	EUR	EUR	TEUR
<b>1. Barreserve</b>				
a) Kassenbestand		8.432,87		14
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		33.710.074,39	33.718.507,26	28.476
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	33.710.074,39			(28.476)
<b>2. Forderungen an Kreditinstitute</b>				
a) Hypothekendarlehen		—		31.934
b) Kommunalkredite		1.598.314.165,77		2.155.188
c) andere Forderungen		3.914.112.056,33	5.512.426.222,10	8.774.647
darunter: täglich fällig	1.610.749.774,74			(5.134.914)
<b>3. Forderungen an Kunden</b>				
a) Hypothekendarlehen		13.375.832.261,17		23.173.095
b) Kommunalkredite		10.199.862.736,04		13.664.937
c) andere Forderungen		431.982.020,06	24.007.677.017,27	11.605
<b>4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>				
a) Anleihen und Schuldverschreibungen				
aa) von öffentlichen Emittenten	2.485.429.607,63			11.356.464
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.308.587.653,37			(6.317.779)
ab) von anderen Emittenten	4.327.877.804,02	6.813.307.411,65		7.155.768
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	3.718.601.148,14			(5.871.686)
b) eigene Schuldverschreibungen	573.115.837,59	573.115.837,59	7.386.423.249,24	273.831
Nennbetrag	579.861.000,00			(273.928)
<b>5. Beteiligungen</b>			32.929.928,87	32.132
darunter: an Kreditinstituten	17.851.543,99			(17.499)
<b>6. Anteile an verbundenen Unternehmen</b>			1.507.339.863,72	83.929
<b>7. Treuhandvermögen</b>			5.397.988,12	5.590
darunter: Treuhandkredite	5.397.988,12			(5.590)
<b>8. Immaterielle Anlagewerte</b>			1.375.967,10	1.117
<b>9. Sachanlagen</b>			3.324.498,22	3.546
<b>10. Sonstige Vermögensgegenstände</b>			169.731.744,73	84.847
<b>11. Rechnungsabgrenzungsposten</b>				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		165.370.920,73		519.484
b) andere		1.967.891,70	167.338.812,43	21.187
<b>Summe der Aktiva</b>			<b>38.827.683.799,06</b>	<b>67.377.791</b>

## PASSIVA

			2006	2005
	EUR	EUR	EUR	TEUR
<b>1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>				
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		120.021.949,53		229.901
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		270.915.842,52		356.004
c) andere Verbindlichkeiten		2.034.710.524,38	2.425.648.316,43	15.852.141
darunter: täglich fällig	143.211.962,65			(142.473)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	—			(—)
und öffentliche Namenspfandbriefe	10.225.837,63			(10.226)
<b>2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>				
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		877.541.698,36		1.215.166
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		2.351.348.772,05		2.567.662
c) andere Verbindlichkeiten		7.591.997.687,95	10.820.888.158,36	5.037.265
darunter: täglich fällig	247.751.898,41			(152.608)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	817.960,30			(16.422)
und öffentliche Namenspfandbriefe	55.790.431,68			(65.903)
<b>3. Verbriefte Verbindlichkeiten</b>				
a) begebene Schuldverschreibungen				
aa) Hypothekenpfandbriefe		7.296.514.032,68		13.066.748
ab) öffentliche Pfandbriefe		15.499.276.573,51		24.017.498
ac) sonstige Schuldverschreibungen		1.065.009.699,76	23.860.800.305,95	2.653.259
<b>4. Treuhandverbindlichkeiten</b>			5.397.988,12	5.590
darunter: Treuhandkredite	5.397.988,12			(5.590)
<b>5. Sonstige Verbindlichkeiten</b>			25.033.048,42	35.515
<b>6. Rechnungsabgrenzungsposten</b>				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		191.282.258,43		371.077
b) andere		4.165.789,89	195.448.048,32	13.214
<b>7. Rückstellungen</b>				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		48.592.598,00		47.912
b) Steuerrückstellungen		11.703.609,57		58.115
c) andere Rückstellungen		124.268.019,76	184.564.227,33	954.944
<b>8. Nachrangige Verbindlichkeiten</b>			585.925.934,23	448.808
<b>9. Genussrechtskapital</b>			83.307.813,96	207.174
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	26.777.360,11			(48.829)
<b>10. Eigenkapital</b>				
a) gezeichnetes Kapital		100.275.948,50		100.276
b) stille Beteiligungen		33.815.965,54		90.245
c) Kapitalrücklage		1.320.550.389,53		448.051
d) Gewinnrücklagen				
da) gesetzliche Rücklage	7.500.000,00			7.500
db) andere Gewinnrücklagen	35.300.000,00	42.800.000,00		35.300
e) Bilanzverlust		-856.772.345,63		-441.574
			640.669.957,94	
<b>Summe der Passiva</b>			<b>38.827.683.799,06</b>	<b>67.377.791</b>
<b>1. Eventualverbindlichkeiten</b>				
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		578.118.974,94		2.320.023
b) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		1.231.333.797,61	1.809.452.772,55	—
<b>2. Andere Verpflichtungen</b>				
Unwiderrufliche Kreditzusagen			98.951.371,98	1.289.434

## Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2006 bis zum 31. Dezember 2006

AUFWENDUNGEN			2006	2005
	EUR	EUR	EUR	TEUR
<b>1. Zinsaufwendungen</b>			1.777.096.423,85	2.652.223
<b>2. Provisionsaufwendungen</b>			20.466.573,80	30.555
<b>3. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	20.207.234,53			30.643
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	9.969.186,49	30.176.421,02		8.993
darunter: für Altersversorgung Euro 6.405.350,09				(4.741)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		54.631.409,87	84.807.830,89	55.785
<b>4. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>			1.747.701,09	2.822
<b>5. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>			1.412.408,82	12.632
<b>6. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>			34.031.749,39	235.953
<b>7. Aufwendungen aus Verlustübernahme</b>			—	34.292
<b>8. Außerordentliche Aufwendungen</b>			734.433.311,78	1.017.065
<b>9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>			28.053.182,60	34.239
<b>10. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 5 ausgewiesen</b>			368.138,77	521
<b>Summe der Aufwendungen</b>			<b>2.682.417.320,99</b>	<b>4.115.723</b>

## ERTRÄGE

			2006	2005
	EUR	EUR	EUR	TEUR
<b>1. Zinserträge aus</b>				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		1.326.406.594,12		1.912.332
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		399.209.991,55	1.725.616.585,67	897.521
<b>2. Laufende Erträge aus Beteiligungen</b>			964.184,09	819
<b>3. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen</b>			2.428.685,60	—
<b>4. Provisionserträge</b>			8.351.880,72	13.285
<b>5. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren</b>			528.006,17	17.430
<b>6. Sonstige betriebliche Erträge</b>			8.758.459,30	190.957
<b>7. Außerordentliche Erträge</b>			360.670.576,77	—
<b>8. Jahresfehlbetrag</b>			575.098.942,67	1.083.379
<b>Summe der Erträge</b>			<b>2.682.417.320,99</b>	<b>4.115.723</b>
<b>1. Jahresfehlbetrag</b>			-575.098.942,67	-1.083.379
<b>2. Verlustvortrag aus dem Vorjahr</b>			-441.573.930,40	—
<b>3. Entnahmen aus Genussrechtskapital</b>			103.946.997,37	359.801
<b>4. Entnahmen aus stillen Beteiligungen</b>			55.953.530,07	282.004
<b>Bilanzverlust</b>			<b>-856.772.345,63</b>	<b>-441.574</b>

### Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

---

Der Jahresabschluss der Allgemeine HypothekenBank Rheinboden AG (AHBR) wurde nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und den rechtsform- bzw. branchenspezifischen Vorschriften des Aktiengesetzes (AktG), des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Forderungen sind mit dem Nennwert gemäß § 340e Abs. 2 HGB angesetzt. Die Unterschiedsbeträge zwischen Auszahlungsbetrag und Nennwert sind als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und werden planmäßig aufgelöst. Allen erkennbaren Einzelrisiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen Rechnung getragen. Latente Risiken im Kreditgeschäft sind durch eine Pauschalwertberichtigung gedeckt. Die Berechnung erfolgte grundsätzlich auf Basis des BMF-Erlasses vom 10. Januar 1994. Uneinbringliche Forderungen werden in voller Höhe abgeschrieben. Vorsorgereserven nach § 340f HGB bestehen nicht.

Wertpapiere der Liquiditätsreserve, soweit sie nicht in Bewertungseinheiten einbezogen sind, werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet (§ 253 Abs. 3 HGB). Wertpapiere des Anlagevermögens werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Der Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag wird zeitanteilig über die Restlaufzeit ab- bzw. zugeschrieben und in der Position Zinserträge aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen ausgewiesen.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind mit den Anschaffungskosten bzw. bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zu dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Bei Wegfall der Gründe für eine in Vorjahren vorgenommene Abschreibung wird unter Beachtung des handelsrechtlichen Wertaufholungsgebots auf den am Stichtag beizulegenden Wert zugeschrieben.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen sind mit den um lineare planmäßige Abschreibungen verminderten Anschaffungskosten angesetzt; die Abschreibungen werden monatsgenau vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter (§ 6 Abs. 2 EStG) werden im Jahr der Anschaffung vollständig abgeschrieben und als Abgang im Anlagespiegel behandelt.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Rückzahlungsbetrag passiviert. Der Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten ist in die Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und wird zeitanteilig aufgelöst. Zerobonds werden mit dem Emissionsbetrag zuzüglich anteiliger Zinsen gemäß Emissionsrendite bilanziert.

Für ungewisse Verbindlichkeiten wurden Rückstellungen in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildet. Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen sind nach den versicherungsmathematischen Grundsätzen der „Heubeck-Richttafeln 2005 G“ und mit dem mit einem Abzinsungssatz von 6 Prozent ermittelten Teilwert bemessen.

Eventualverbindlichkeiten werden zum Nennbetrag bilanziert.

Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden sind am Bilanzstichtag gemäß § 340h Abs. 1 HGB zum Referenzkurs des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) umgerechnet.

Wir machen vom Wahlrecht der Überkreuzkompensation gemäß § 340c Abs. 2 und § 340f Abs. 3 HGB Gebrauch.

Aufwendungen und Erträge in fremder Währung werden grundsätzlich zum ESZB-Referenzkurs des Transaktionstages/Stichtages in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die am Bilanzstichtag bestehenden Termingeschäfte in fremden Währungen sind in Verbindung mit bilanzwirksamen Aktivgeschäften abgeschlossen worden.

Zur Absicherung von Zinsänderungs- und Währungsrisiken sowie zur Margensicherung im Kreditgeschäft wurden mit geeigneten Kreditinstituten und Kunden derivative Finanzgeschäfte (Swaps, Termingeschäfte, Optionen) abgeschlossen. Diese werden grundsätzlich nicht in der Bilanz ausgewiesen. Sofern Grund- und Sicherungsgeschäfte objektiv in einem einheitlichen Nutzungs- und Funktionszusammenhang stehen, werden diese zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst und nach den Regeln des Grundgeschäftes behandelt.

Unverändert zum Vorjahr wurde der gesamte Swapbestand zum Bilanzstichtag in die Gesamtzinsbuchsteuerung einbezogen und nicht einzeln bewertet.

Die Credit Linked Notes werden in ihre Bestandteile „Anleihe“ bzw. „Credit Default Swap“ getrennt. Die Anleihen werden entsprechend den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsregeln für Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere bewertet. Die zusätzliche Sicherungsgeberposition aus den Credit Default Swaps wird als Eventualverbindlichkeit in Höhe des maximalen Inanspruchnahmebetrages ausgewiesen.

**Fristengliederung nach Restlaufzeiten** (Aktivpos. 2, 3 und 4 und Passivpos. 1, 2 und 3)

	Forderungen in Mio. Euro		Verbindlichkeiten in Mio. Euro	
	2006	2005	2006	2005
<b>Kreditinstitute:</b>				
bis drei Monate	4.042,9	8.928,4	1.849,2	13.666,8
mehr als drei Monate bis ein Jahr	484,2	270,3	117,2	2.002,5
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	676,6	1.272,3	388,0	590,7
mehr als fünf Jahre	308,7	490,8	71,2	178,0
<b>Kunden:</b>				
bis drei Monate	2.632,8	2.180,3	2.510,5	1.577,4
mehr als drei Monate bis ein Jahr	4.401,5	2.221,6	3.162,8	1.113,5
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	9.077,7	18.748,1	3.361,8	4.142,9
mehr als fünf Jahre	7.895,7	13.699,6	1.785,8	1.986,3
<b>Verbriefte Verbindlichkeiten:</b>				
im Folgejahr fällig			5.838,5	11.332,9
<b>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere:</b>				
im Folgejahr fällig	292,1	737,8		

**Forderungen/Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen/Beteiligungsunternehmen**

(Aktivpos. 2 und 3 und Passivpos. 1, 2, 3 und 8)

Angaben in Mio. Euro	gegenüber verbundenen Unternehmen		gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	2006	2005	2006	2005
Forderungen an Kreditinstitute	—	—	—	—
Forderungen an Kunden	445,4	132,6	125,2	121,1
davon nachrangig	379,2	—	—	—
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	—	—	—	—
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.864,2 <sup>1</sup>	79,8	—	—
Verbriefte Verbindlichkeiten	45,4	—	—	—
Nachrangige Verbindlichkeiten	211,0	—	—	—

<sup>1</sup> Im Wesentlichen sind darin die Verbindlichkeiten gegenüber der AHBR VVB in Höhe von Euro 2.779,1 Mio. enthalten.

### Forderungen an Kunden (Aktivpos. 3)

---

In den Forderungen an Kunden sind Darlehensforderungen in Höhe von Euro 2.464,6 Mio. zuzüglich anteiliger Zinsen ausgewiesen, die 2006 an die AHBR Vermögensverwaltungsbeteiligungs GmbH, Frankfurt/Main (AHBR VVB) verkauft worden sind. Ein internationales Bankenkonsortium hatte der Bank Anfang 2006 zur Abdeckung des damals erwarteten kurz- und mittelfristigen Refinanzierungsbedarfs eine Refinanzierungsfazilität zur Verfügung gestellt. Dabei wurden die Refinanzierungsmittel der Bank nicht direkt, sondern mittelbar über die eigens für die Zwecke dieser Finanzierung eingesetzte AHBR VVB zur Verfügung gestellt.

Die Refinanzierungsfazilität wird durch von der Bank originär gewährte Hypothekendarlehen einschließlich der dazugehörigen Grundpfandrechte besichert. Die Darlehen wurden zu diesem Zweck an die AHBR VVB verkauft und rechtswirksam übertragen, werden aber weiterhin von der AHBR verwaltet. Der Kaufpreis für die Darlehen wurde durch die Mittel des internationalen Bankenkonsortiums sowie durch die von der AHBR im Rahmen einer Sacheinlage erbrachte Zuzahlung in die Kapitalrücklage der AHBR VVB und durch die Gewährung eines nachrangigen Schuldscheindarlehens an die AHBR VVB refinanziert. Die Ansprüche aus den Schuldscheindarlehen sind 2006 zur Besicherung einer Schuldscheindarlehensaufnahme an eine Zweckgesellschaft verpfändet worden.

Die an die AHBR VVB veräußerten Darlehensforderungen wurden insolvenzsicher bei der AHBR in ein Refinanzierungsregister gemäß §§ 22a ff. KWG zur Sicherung der Verbindlichkeiten der AHBR VVB gegenüber Kreditinstituten eingetragen. Zusätzlich hat die AHBR auch ihre Anteile an der AHBR VVB an das internationale Bankenkonsortium verpfändet.

Unter Berücksichtigung der für die Ausbuchung von Forderungen entwickelten handelsrechtlichen GoB sind die Voraussetzungen für den Übergang des wirtschaftlichen Eigentums auf die AHBR VVB und damit für eine Ausbuchung der Forderungen bei der AHBR nicht gegeben. Die AHBR weist daher zum Bilanzstichtag die verkauften Hypothekendarlehen weiterhin in ihrer Bilanz aus und bilanziert den Forderungsverkauf als eine durch Sicherungsabtretung der Hypothekendarlehen besicherte Darlehensaufnahme von der AHBR VVB. Neben den planmäßigen und außerplanmäßigen Tilgungen durch die Kunden selbst hat sich das verkaufte Volumen durch vorzeitige Darlehensrückkäufe durch die AHBR reduziert.

Weiterhin beinhaltet der Posten Hypothekendarlehen Forderungen (Retailkredite) in Höhe von Euro 3.503,0 Mio., die Gegenstand von bereits 2006 fest kontrahierten Portfolioverkäufen sind, die erst 2007 abgewickelt werden. Der wirtschaftliche Eigentumsübergang der Forderungen erfolgt daher erst 2007.

**Anlagevermögen** (Aktivpos. 4, 5, 6, 8 und 9)

Angaben in Mio. Euro	Anschaffungskosten			Zuschreibungen	Abschreibungen		Buchwert	
	Stand	Zugänge	Abgänge	Geschäftsjahr	Kumuliert	Geschäftsjahr	31. 12. 2006	31. 12. 2005
	01. 01. 2006				31. 12. 2006			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere <sup>1</sup>	11.024,4	12,1	6.142,7 <sup>2</sup>	—	21,1	4,9	4.872,7	11.000,8
Beteiligungen	40,4	0,5	0,4	0,5	8,1	—	32,9	32,1
Anteile an verbundenen Unternehmen	87,8	1.673,5 <sup>3</sup>	250,0	—	3,9	0,0	1.507,4	83,9
Immaterielle Anlagewerte	18,7	1,3	15,5	—	3,1	1,1	1,4	1,1
Betriebs- und Geschäftsausstattung	16,3	0,6	5,3	—	8,9	0,7	2,7	2,9
Grundstücke und Gebäude	1,1	—	—	—	0,5	—	0,6	0,6
	11.188,7	1.688,0	6.413,9	0,5	45,6	6,7	6.417,7	11.121,4

<sup>1</sup> Der Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag wird ratierlich über die Restlaufzeit verteilt. Er wird in der Position Zinserträge aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen ausgewiesen und unter den Abschreibungen im obigen Anlagespiegel ausgewiesen.

<sup>2</sup> Die Abgänge bei den Wertpapieren des Anlagevermögens stehen im Zusammenhang mit der beabsichtigten Aufgabe des Staatskreditgeschäftes.

<sup>3</sup> Die Zugänge betreffen im Wesentlichen die Einzahlung in die Kapitalrücklage (§ 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB) der AHBR VVB in Höhe von Euro 1.518,6 Mio. und den Erwerb von Anteilen an der Elmo Leasing Zehnte GmbH, Eschborn, in Höhe von Euro 134,6 Mio. (81,8 Prozent), deren restliche Anteile 2007 erworben wurden. Die ebenfalls 2006 erworbene Elmo Leasing Fünfte GmbH, Frankfurt/Main, wird 2007 auf die AHBR verschmolzen. Mit Datum vom 12. März 2007 wurde ein Verschmelzungsvertrag geschlossen.

**Börsenfähige Wertpapiere und Finanzanlagen** (Aktivpos. 4, 5 und 6)

Angaben in Mio. Euro	Börsennotiert		Nicht börsennotiert	
	2006	2005	2006	2005
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.386,4	18.786,1	—	—
Beteiligungen	17,9	17,5	—	—
Anteile an verbundenen Unternehmen	—	—	—	—

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit einem Buchwert von Euro 4.872,7 Mio. (Vorjahr Euro 11.000,8 Mio.) sind nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet.

Bei Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren mit stillen Lasten, die nicht in einer Sicherungsbeziehung stehen, stand einem Marktwert von Euro 251,9 Mio. ein Buchwert von Euro 252,3 Mio. gegenüber. Aufgrund der Zuordnung der Wertpapiere zum Anlagevermögen und der Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip wurden Abschreibungen in Höhe von Euro 0,4 Mio. vermieden. Aufgrund der beabsichtigten längerfristigen Haltedauer besteht keine dauernde Wertminderung.

Im Rahmen von Wertpapierpensions- bzw. Repo-Geschäften waren zum Bilanzstichtag keine Wertpapiere (Vorjahr Euro 6.813,7 Mio.) als Sicherheit übertragen worden.

Alle börsenfähigen Wertpapiere sind auch börsennotiert. Finanzinstrumente werden definiert nach § 1 Abs. 11 KWG.

**Treuhandgeschäfte** (Aktivpos. 7 und Passivpos. 4)

Bei dem in der Bilanz ausgewiesenen Treuhandvermögen handelt es sich ausschließlich um Forderungen an Kunden aus Treuhandkrediten. Die Treuhandverbindlichkeiten in Höhe von Euro 5,4 Mio. (Vorjahr Euro 5,6 Mio.) wurden durch Kreditinstitute zur Verfügung gestellt.

Darüber hinaus verwaltet die Bank 2006 verkaufte Darlehen (Auslandskredite) in Höhe von Euro 59,8 Mio. vorübergehend für den Erwerber.

**Rechnungsabgrenzungsposten** (Aktivpos. 11 und Passivpos. 6)

<b>Aktivseite</b>		<b>Passivseite</b>	
<b>Emissionsdisagio aus Schuldverschreibungen</b>		<b>Damnum aus Forderungen</b>	
31. Dezember 2006	84,4 Mio. Euro	31. Dezember 2006	62,6 Mio. Euro
(Vorjahr	130,2 Mio. Euro)	(Vorjahr	92,1 Mio. Euro)
<b>Agio aus Forderungen</b>		<b>Agio aus Schuldverschreibungen</b>	
31. Dezember 2006	31,8 Mio. Euro	31. Dezember 2006	0,8 Mio. Euro
(Vorjahr	72,8 Mio. Euro)	(Vorjahr	2,9 Mio. Euro)
<b>Upfront-Payments für Zinsswaps</b>		<b>Upfront-Payments für Zinsswaps</b>	
31. Dezember 2006	42,5 Mio. Euro	31. Dezember 2006	127,8 Mio. Euro
(Vorjahr	304,7 Mio. Euro)	(Vorjahr	276,1 Mio. Euro)
<b>Emissionsgebühren aus Schuldverschreibungen</b>			
31. Dezember 2006	6,6 Mio. Euro		
(Vorjahr	11,8 Mio. Euro)		
<b>Andere</b>		<b>Andere</b>	
31. Dezember 2006	2,0 Mio. Euro	31. Dezember 2006	4,2 Mio. Euro
(Vorjahr	21,2 Mio. Euro)	(Vorjahr	13,2 Mio. Euro)

**Sonstige Vermögensgegenstände/Verbindlichkeiten** (Aktivpos. 10 und Passivpos. 5)

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind im Wesentlichen der Ausgleichsposten aus der Fremdwährungsbewertung in Höhe von Euro 150,6 Mio. (Vorjahr Euro 74,8 Mio.) und Forderungen an die Finanzverwaltung in Höhe von Euro 15,2 Mio. (Vorjahr Euro 0,1 Mio.) ausgewiesen.

Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten im Wesentlichen die anteiligen Zinsen auf nachrangige Verbindlichkeiten in Höhe von Euro 13,3 Mio. (Vorjahr Euro 13,5 Mio.) und den Ausgleichsposten aus der Fremdwährungsbewertung in Höhe von Euro 7,6 Mio. (Vorjahr Euro 16,9 Mio.).

**Nachrangige Vermögensgegenstände** (Aktivpos. 3)

In den Forderungen an Kunden sind nachrangige Vermögensgegenstände in Höhe von Euro 382,7 Mio. (Vorjahr Euro 3,5 Mio.) enthalten.

### Steuerrückstellungen (Passivpos. 7b)

Die Steuerrückstellungen betreffen im Wesentlichen laufende Betriebsprüfungen bei der ehemaligen Rheinboden Hypothekenbank AG, die auf die Bank verschmolzen wurde, für die Jahre 1996 bis 2000 und bei den Tochterunternehmen der AHBR. Die Rückstellungen aus dem Vorjahr für Betriebsprüfungen der Jahre 1994 bis 1998 bei der Allgemeinen HypothekenBank AG wurden weitgehend verbraucht.

### Andere Rückstellungen (Passivpos. 7c)

Der Posten enthält im Wesentlichen eine Rückstellung für drohende Verluste in Höhe von Euro 101,4 Mio. Sie berücksichtigt die erwarteten Verluste aus der Ende Dezember 2006 eingegangenen Verpflichtung, 2007 ein fest bestimmtes Derivateportfolio mit negativen Marktwerten auf Dritte zu übertragen. Die Abwicklung der Transaktion erfolgte im Januar 2007. Die im Vorjahr gebildete Rückstellung für drohende Verluste nach § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB in Höhe von Euro 915,4 Mio., die im Zusammenhang mit einer Ende 2005 mit einem anderen Kreditinstitut geschlossenen Rahmenvereinbarung hinsichtlich der Übertragung eines Portfolios von Derivaten mit negativen Marktwerten stand, wurde 2006 mit Abwicklung der Transaktion vollständig verbraucht. Ferner enthält der Posten Rückstellungen für Prozesskosten und -risiken in Höhe von Euro 9,7 Mio. (Vorjahr Euro 10,0 Mio.) und Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen in Höhe von Euro 4,3 Mio. (Vorjahr Euro 6,4 Mio.).

### Nachrangige Verbindlichkeiten (Passivpos. 8)

Im Berichtsjahr wurden im Zusammenhang mit der Aufnahme von hybridem Eigenkapital nachrangige Verbindlichkeiten in Höhe von Euro 211,0 Mio. bei einem verbundenen Unternehmen aufgenommen. Der Bestand setzt sich aus Inhaberpapieren in Höhe von Euro 185,2 Mio. (Vorjahr Euro 210,8 Mio.) und Schuldscheindarlehen in Höhe von Euro 400,7 Mio. (Vorjahr Euro 238,0 Mio.) zusammen. Für die nachrangigen Verbindlichkeiten sind im Kalenderjahr 2006 Aufwendungen in Höhe von Euro 43,2 Mio. (Vorjahr Euro 31,3 Mio.) entstanden. Die anteiligen Zinsen auf die nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von Euro 13,3 Mio. (Vorjahr Euro 13,5 Mio.) werden in den „Sonstigen Verbindlichkeiten“ ausgewiesen.

Die Bedingungen für sämtliche nachrangige Verbindlichkeiten entsprechen den Anforderungen des § 10 Abs. 5a KWG. Vorzeitige Rückzahlungsverpflichtungen sind in allen Fällen ausgeschlossen. Die Umwandlung dieser Mittel in Kapital oder eine andere Schuldform ist nicht vereinbart oder vorgesehen.

Folgende nachrangige Verbindlichkeiten übersteigen 10 Prozent des Gesamtbetrages:

Betrag in Euro	Zinssatz in %	Emissionszeitpunkt	Fälligkeit
150.000.000,00	5,000	01.04.1999	01.04.2009
211.000.000,00	9,000	02.01.2006	10.01.2036 <sup>1</sup>

<sup>1</sup> Ab dem 10. Januar 2012 besteht eine vorzeitige Tilgungsmöglichkeit.

Es bestehen nachrangige Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von Euro 211,0 Mio. und keine nachrangigen Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

**Genussrechtskapital** (Passivpos. 9)

Die ordentliche Hauptversammlung hat am 12. Mai 2004 den Vorstand ermächtigt, für eine Zeitdauer von fünf Jahren, einmalig oder mehrmalig, Genussscheine mit einer Laufzeit von höchstens 15 Jahren bis zu einem Gesamtbetrag von Euro 200,0 Mio. oder dem Gegenwert in einer anderen gesetzlichen Währung zu begeben. Von der Ermächtigung hat die Bank bisher keinen Gebrauch gemacht.

Der Bestand nach Verlustzuweisungen setzt sich aus Inhabergenussrechten in Höhe von Euro 62,4 Mio. (Vorjahr Euro 157,8 Mio.) und Namensgenussrechten in Höhe von Euro 20,9 Mio. (Vorjahr Euro 49,4 Mio.) mit variablen/festen Zinssätzen zwischen 4,403 Prozent p. a. und 8,625 Prozent p. a. und Laufzeiten zwischen 2007 und 2012 zusammen. 2006 war ein Inhabergenussrecht in Höhe von Euro 20,0 Mio. fällig. Die Rückzahlungsansprüche der verbleibenden Genussrechte haben sich im laufenden Geschäftsjahr durch die Berücksichtigung der Verlustbeteiligung 2006 um Euro 103,9 Mio. vermindert; sie hatten ursprünglich einen Nominalbetrag von Euro 515,8 Mio. (Vorjahr Euro 567,0 Mio.).

Aufgrund der Emissionsbedingungen wird bei Ausweis eines Bilanzverlustes das Genussrechtskapital nicht verzinst. Daher sind im Kalenderjahr 2006 keine Zinsaufwendungen entstanden. Ferner sind die Gläubiger vertraglich am Bilanzverlust vor Verlustzuweisung an die Genussrechtsinhaber und die stillen Gesellschafter beteiligt.

Die Ermittlung der Verlustbeteiligung der Genussrechtsinhaber ist aufgrund der unterschiedlichen Genussrechtsbedingungen nach zwei Berechnungsarten vorzunehmen. Einerseits nimmt der Genussrechtsinhaber im Verhältnis seines Rückzahlungsanspruchs zur Summe aus Grundkapital, Rücklagen und Verlustvortrag der Bank sowie der Rückzahlungsansprüche der stillen Einlagen und des gesamten Genussrechtskapitals am Verlust teil. Dabei werden jeweils die Bestände vor Berücksichtigung der Verlustbeteiligung 2006 zugrunde gelegt. Der maßgebliche Verlust ist der handelsrechtliche Bilanzverlust vor Berücksichtigung der Verlustbeteiligung der stillen Gesellschafter und der Genussrechtsinhaber, soweit sich der Bilanzverlust nicht aus Verlustvorträgen ergibt. Andererseits ermittelt sich die Verlustquote als Verhältnis des jeweiligen Rückzahlungsanspruches zum Eigenkapital nach § 10 KWG vor Berücksichtigung der Verlustbeteiligung des Genussrechtskapitals und der stillen Einlagen. Bei der Berechnung wird auf die Verhältnisse am 31. Dezember 2006 abgestellt. Maßgeblich ist der handelsrechtliche Bilanzverlust einschließlich Verlustvortrag vor Berücksichtigung der Verlustbeteiligung der stillen Gesellschafter und Genussrechtsinhaber.

Die Bedingungen für sämtliche Genussrechte entsprechen den Anforderungen des § 10 Abs. 5 KWG. Vorzeitige Rückzahlungsverpflichtungen sind in allen Fällen ausgeschlossen.

**Gezeichnetes Kapital** (Passivpos. 10a)

Das gezeichnete Kapital beläuft sich unverändert auf Euro 100.275.948,50. Sämtliche Aktien der Gesellschaft lauten auf den Inhaber und sind am 31. Dezember 2006 in 47.069.450 Stückaktien eingeteilt. Die Hauptversammlung hat am 18. Mai 2005 dem Vorstand die Ermächtigung erteilt, bis zum 12. Mai 2010 das gezeichnete Kapital um bis zu Euro 50.000.000,00 durch einmalige oder mehrmalige Ausgabe neuer Inhaberaktien gegen Bareinlagen zu erhöhen.

### Stille Beteiligungen (Passivpos. 10b)

Die stillen Beteiligungen nach Verlustzuweisungen belaufen sich zum Bilanzstichtag auf Euro 33,8 Mio. (Vorjahr Euro 90,2 Mio.). Aufgrund der vertraglichen Bestimmungen werden im Falle eines Verlustes die stillen Beteiligungen nicht verzinst. Daher sind im Geschäftsjahr, wie im Vorjahr, keine Zinsaufwendungen entstanden. Ferner sind nach den Bestimmungen der Verträge über die Errichtung der typisch stillen Gesellschaften die stillen Gesellschafter am Bilanzverlust einschließlich Verlustvortrag beteiligt.

Zur Berechnung der Verlustquote wird die Einlage des stillen Gesellschafters in Beziehung gesetzt zu der Summe aus den Rücklagen der Bank, den Einlagen aller stillen Gesellschafter und dem Genussrechtskapital vor Berücksichtigung der Verlustbeteiligungen. Die Berechnung basiert auf den Beständen nach Berücksichtigung der Verlustbeteiligung 2005 und vor Berücksichtigung der Verlustbeteiligung 2006. Die Rückzahlungsansprüche der stillen Gesellschafter verminderten sich durch die Verlustbeteiligung 2006 um Euro 55,9 Mio. Der Nominalbetrag der am Bilanzstichtag bestehenden stillen Einlagen betrug Euro 367,1 Mio. (Vorjahr Euro 372,2 Mio.).

Die zur Lone Star Gruppe gehörende LSF5 AHN Holdings I, L. P., Dallas, hat mit 29 der 30 stillen Gesellschaftern vereinbart, dass sie im Wege eines Wechsels des Vertragspartners anstelle der bisherigen stillen Gesellschafter in die jeweiligen stillen Gesellschaftsverträge eintritt. Gegen die in der Hauptversammlung am 31. Oktober 2006 erteilten Zustimmungen zur Änderung der jeweiligen stillen Gesellschaftsverträge sind Klagen eingereicht worden. Die Klagen auf Anfechtung der Beschlussfassungen sind Ende März 2007 in erster Instanz abgewiesen worden. Diese Entscheidung ist noch nicht rechtskräftig.

Eine stille Beteiligung mit einer ursprünglichen Einlage von Euro 5,1 Mio. ist im Dezember 2006 außerordentlich mit sofortiger Wirkung durch die Bank gekündigt worden. Sie wurde zeitanteilig am Verlust 2006 beteiligt. Das Auseinandersetzungsguthaben in Höhe von Euro 0,5 Mio. wird im Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“ ausgewiesen.

Die Bedingungen für sämtliche stillen Beteiligungen entsprechen den Anforderungen des § 10 Abs. 4 KWG. Vorzeitige Rückzahlungsverpflichtungen sind in allen Fällen ausgeschlossen.

### Rücklagenentwicklung (Passivpos. 10c und 10d)

	Kapitalrücklage in Mio. Euro	Gewinnrücklagen in Mio. Euro	davon gesetzliche Rücklage in Mio. Euro	davon andere Gewinnrücklagen in Mio. Euro
Stand 1. Januar 2006	448,1	42,8	7,5	35,3
Zuführung Rücklagen <sup>1</sup>	872,5	—	—	—
Stand 31. Dezember 2006	1.320,6	42,8	7,5	35,3

<sup>1</sup>Zur Stärkung der Kapitalbasis hat der Hauptaktionär im Januar 2006 die Kapitalrücklage nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB um Euro 871,0 Mio. und im Dezember 2006 um Euro 1,5 Mio. aufgestockt.

---

**Eventualverbindlichkeiten** (Unter-Strich-Pos. 1)

---

Die Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten ergibt sich aus der Verpfändung der Anteile an der AHBR VVB für die Verbindlichkeiten dieser Gesellschaft gegenüber Kreditinstituten. Der Beteiligungsbuchwert beträgt Euro 1.268,7 Mio.

Bei den ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen handelt es sich im Wesentlichen um Garantien aus Credit Linked Notes in Höhe von Euro 451,2 Mio. (Vorjahr Euro 293,7 Mio.) und um Erfüllungsbürgschaften in Höhe von Euro 114,9 Mio. (Vorjahr Euro 334,5 Mio.).

---

**Andere Verpflichtungen** (Unter-Strich-Pos. 2)

---

Die ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen in Höhe von Euro 99,0 Mio. (Vorjahr Euro 1.289,4 Mio.) betreffen ausschließlich Hypothekendarlehen.

---

**Forderungen/Verbindlichkeiten in Fremdwährungen**

---

In den Aktivposten sind Euro 1.056,5 Mio. (Vorjahr Euro 6.578,8 Mio.) und in den Passivposten Euro 985,4 Mio. (Vorjahr Euro 6.812,4 Mio.) aus Nicht-Euro-Währungen enthalten.

---

**Verbindlichkeiten, für die Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen sind**

---

Zum Stichtag bestehen Offenmarktkredite in Höhe von Euro 250,0 Mio. (Vorjahr Euro 600,0 Mio.) gegen entsprechende Stellung von Sicherheiten (Schuldverschreibungen).

Für weitere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind keine Vermögensgegenstände (Vorjahr Euro 3.877,2 Mio.) als Sicherheit übertragen worden.

Für Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit einem Nominalbetrag von Euro 300,0 Mio. hat die Bank das der AHBR VVB gewährte nachrangige Schuldscheindarlehen über Euro 350,0 Mio. verpfändet.

---

**Sonstige finanzielle Verpflichtungen**

---

Es bestehen Mietverpflichtungen in Höhe von Euro 4,4 Mio. (Vorjahr Euro 6,2 Mio.) pro Jahr, davon keine gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr Euro 0,4 Mio.). Die Mietverträge haben Laufzeiten von bis zu fünf Jahren bzw. unbefristete Laufzeit. Darüber hinaus bestehen aus der Beendigung eines Mietverhältnisses gegenüber verbundenen Unternehmen Sanierungsverpflichtungen in Höhe von Euro 0,1 Mio. Ferner bestehen Verpflichtungen aus Nutzungs- und Leistungsverträgen im EDV-Sektor in Höhe von Euro 4,5 Mio. (Vorjahr Euro 6,4 Mio.). Diese Verträge haben Laufzeiten bis zu einem Jahr.

Im Rahmen des Verkaufs der verschiedenen Portfolien von Hypothekendarlehen ist die Bank keine über die handelsüblichen Gewährleistungsverpflichtungen hinausgehenden Verpflichtungen eingegangen.

## Allgemeine Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

### Zins- und Provisionsergebnis (Aufwandspos. 1, 2 und Ertragspos. 1, 2 und 4)

---

Das Zinsergebnis beträgt 2006 Euro –50,5 Mio. (Vorjahr Euro 158,4 Mio.). Das Provisionsergebnis lag mit Euro –12,1 Mio. unter dem Stand des letzten Jahres (Euro –17,3 Mio.). Das Zins- und Provisionsergebnis beläuft sich damit auf Euro –62,6 Mio. (Vorjahr Euro 141,1 Mio.).

Die Höhe des Zinsergebnisses ist nochmals belastet durch die negativen Zinsmargen des Derivate-Altbestandes, der jedoch größtenteils abgebaut worden ist. Neben diesen negativen laufenden Beiträgen aus Derivaten wirkten sich die höheren Refinanzierungssätze neu aufgenommener Mittel belastend aus. Im Rahmen von Derivateclosings ist im Berichtsjahr ein Nettoaufwand in Höhe von Euro 2,5 Mio. (Vorjahr Nettoaufwand Euro 4,5 Mio.) entstanden. Weitere Aufwendungen aus vorzeitigen Derivateclosings, die im Zusammenhang mit der Restrukturierung stehen, sind in den „Außerordentlichen Aufwendungen“ ausgewiesen. Zweckgebundene Vorsorgereserven nach § 340f HGB standen zur Kompensation, im Gegensatz zum Vorjahr, als sie vollständig aufgelöst wurden, nicht mehr zur Verfügung.

### Bezüge des Geschäftsführungsorgans und des Aufsichtsrates

#### Honoraraufwand des Abschlussprüfers

#### Verwaltungsaufwendungen (Aufwandspos. 3)

---

Die Bezüge der Vorstandsmitglieder belaufen sich auf Euro 812 Tsd. (Vorjahr Euro 4,2 Mio.). Die Bezüge früherer Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen betragen Euro 2.067 Tsd. (Vorjahr Euro 1,0 Mio.). Für frühere Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen sind Pensionsrückstellungen in Höhe von Euro 19.601 Tsd. (Vorjahr Euro 20,5 Mio.) gebildet. Die Bezüge der Aufsichtsratsmitglieder betragen für das Geschäftsjahr Euro 75 Tsd. (Vorjahr Euro 278 Tsd.).

Die Aufwendungen für die Prüfungsgesellschaft betragen im Berichtsjahr Euro 1.356 Tsd. (Vorjahr Euro 1.406 Tsd.) und verteilen sich auf die Abschlussprüfung in Höhe von Euro 1.197 Tsd. (Vorjahr Euro 1.353 Tsd.) und sonstige Bestätigungsleistungen in Höhe von Euro 24 Tsd. (Vorjahr Euro 53 Tsd.) sowie sonstige Leistungen in Höhe von Euro 135 Tsd. (Vorjahr: keine).

### Sonstige betriebliche Aufwendungen (Aufwandspos. 5)

---

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen Verzugszinsen gemäß § 233 a AO in Höhe von Euro 0,7 Mio. (Vorjahr Euro 4,6 Mio.).

---

**Außerordentliche Aufwendungen** (Aufwandspos. 8)

In den außerordentlichen Aufwendungen sind die Aufwendungen ausgewiesen, die sich aus Aktivitäten infolge der Aufgabe von Kerngeschäftsfeldern der Bank und weiterer Restrukturierungsmaßnahmen aufgrund der geänderten Geschäftsstrategie ergeben haben.

Die außerordentlichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen realisierte Verluste in Höhe von Euro 496,6 Mio. aus der vorzeitigen Beendigung von negativmargigen Derivaten sowie die Aufwendungen für eine Rückstellungszuführung in Höhe von Euro 101,4 Mio. aus der im Dezember 2006 vertraglich vereinbarten Übertragung eines Swapportfolios auf Dritte. Die Aufwendungen aus Swapclosings stehen zum einen im wirtschaftlichen Zusammenhang mit dem Abbau von Hypotheken- und Staatskreditbeständen, zum anderen mit der Bereinigung des Derivateportfolios. Im Rahmen der Rückführung der Staatskredite und zur Reduzierung des Pfandbriefumlaufs hat die Bank zwei Rückkaufprogramme im Volumen von Euro 3,9 Mrd. für ausstehende Pfandbriefe durchgeführt und daraus Aufwendungen in Höhe von Euro 107,5 Mio. realisiert. Für bereits 2006 vereinbarte Verkäufe von Hypothekendarlehen, die erst 2007 vollzogen worden sind, wurden in Höhe von Euro 12,8 Mio. Einzelwertberichtigungen gebildet.

---

**Steuern** (Aufwandspos. 9 und 10)

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag und die sonstigen Steuern betragen Euro 28,4 Mio. (Vorjahr Euro 34,8 Mio.). Sie resultieren im Wesentlichen aus geleisteten Steuernachzahlungen für die Betriebsprüfung der ehemaligen Allgemeinen HypothekenBank AG aufgrund der für den Zeitraum 1994 bis 1998 ergangenen Steuerbescheide. Daneben wurden für erwartete gegenläufige Effekte aus den folgenden Jahren Steuerforderungen aktiviert.

---

**Sonstige betriebliche Erträge** (Ertragspos. 6)

Ausgewiesen werden im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von Euro 5,1 Mio. und Erstattungsinsen nach § 233 a AO in Höhe von Euro 1,2 Mio.

---

**Außerordentliche Erträge** (Ertragspos. 7)

In den außerordentlichen Erträgen sind die Erträge ausgewiesen, die sich aus Maßnahmen infolge der Aufgabe von Kerngeschäftsfeldern aufgrund der geänderten Geschäftsstrategie ergeben haben. In diesem Zusammenhang trennte sich die Bank sowohl von Wertpapierportfolien als auch von Schuldscheindarlehen. Aus diesen Verkäufen wurden Gewinne in Höhe von insgesamt Euro 226,2 Mio. erwirtschaftet. Aus der Veräußerung von verschiedenen Hypothekenkreditportfolien ergab sich ein Überschuss von Euro 118,4 Mio. Bei der Einlösung von eigenen Pfandbriefen im Rahmen des Rückkaufprogramms entstanden Gewinne von Euro 16,1 Mio.

## Finanzderivate

Zum Bilanzstichtag bestehen folgende noch nicht abgewickelte zins-, währungsbezogene und sonstige Termingeschäfte: Zinsswaps, Zins-Währungs-Swaps, Devisenswaps und Stillhalterverpflichtungen aus Optionen auf Zinsswaps. Es handelt sich in allen Fällen um OTC-Produkte.

Die mit OECD-Banken und institutionellen Kunden vereinbarten derivativen Geschäfte wurden zur Absicherung von Zinsänderungs- und Währungsrisiken sowie zur Verbesserung der Margen im Kreditgeschäft abgeschlossen.

Das den einzelnen Geschäftsarten zugrunde liegende Geschäftsvolumen nach Restlaufzeiten und das brutto bestehende Adressenausfallrisiko, das nach der Mark-to-Market-Methode errechnet und gemäß Grundsatz I gewichtet wurde, sind in der Tabelle dargestellt. Darin sind des Weiteren die Buchwerte der Finanz- und Kreditderivate und die beizulegenden Werte, die ebenfalls nach der Mark-to-Market-Methode berechnet werden, enthalten. Sofern verfügbar, werden von uns Börsenkurse als Bewertungsgrundlage für den beizulegenden Wert der Positionen herangezogen. In den Fällen, in denen keine Börsenkurse verfügbar sind, wird der beizulegende Wert auf Basis der Discounted-Cashflow-Methode, entsprechender Optionspreismodelle oder aber auf Basis des Marktwertes eines vergleichbaren Finanzinstruments ermittelt. Dabei gehen in die Bewertung Zinsstrukturkurven, Währungskurse und die jeweiligen Volatilitäten ein. Als Zinsstrukturkurven werden Swap-Mitte-Kurven der jeweiligen Währung verwendet. Bei Cross-Currency-Swaps wird zusätzlich die jeweilige Basisspreadkurve berücksichtigt.

Angaben in Mio. Euro	Nominalbetrag			Adressenausfallrisiko Brutto 2006	Derivate mit positivem beizulegendem Zeitwert 2006	Derivate mit negativem beizulegendem Zeitwert 2006	Zeitwert		Buchwert <sup>1</sup>	
	Restlaufzeit 2006		Summe 2006				Summe 2005	Zeitwert	Buchwert <sup>1</sup>	Zeitwert
	bis 1 Jahr	über 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre							
<b>Zinsbezogene Geschäfte</b>										
Zinsswaps (gleiche Währung)	53.376,4	11.697,8	15.952,2	81.026,4	221.569,8	—	101,8	35,5	987,9	105,8
Optionen auf Zinsswaps (Verkäufe)	127,8	56,3	—	184,1	184,1	—	—	—	64,0	0,2
Zinsbegrenzungsvereinbarungen (CAP)	—	—	—	—	13,3	—	—	—	—	—
<b>Währungsbezogene Geschäfte</b>										
Zins-Währungs-Swaps	—	36,1	6.470,4	6.506,5	8.282,2	—	559,1	6,8	254,4	21,9
Devisenswaps/Devisentermingeschäfte	1.844,7	—	—	1.844,7	8.635,3	5,9	9,5	—	19,3	—

<sup>1</sup>Als Buchwert werden die abgegrenzten Upfront-Zahlungen und erhaltene Optionsprämien ausgewiesen.

Positive Marktwerte aus den übrigen zinsabhängigen Positionen, die den Derivate-Marktwerten gegenüberstehen, sind in diese Darstellung nicht einbezogen. Die Angaben zu den Derivaten mit einem negativen beizulegenden Wert beinhalten auch das im Dezember 2006 fest kontrahierte Swapportfolio, das im Januar 2007 auf Dritte übertragen wurde, mit einem Nominalvolumen von Euro 975,0 Mio. und einem negativen Wert im Zeitpunkt der Abwicklung von Euro 101,1 Mio. (Vgl. unsere Ausführungen zu den Anderen Rückstellungen und zu den Außerordentlichen Aufwendungen). Die erhebliche Reduzierung des Derivateportfolios insgesamt resultiert aus den dort dargestellten Restrukturierungsmaßnahmen.

### Kreditderivate

Die Kreditderivate betreffen Credit Linked Notes in Höhe von Euro 451,2 Mio. (Vorjahr Euro 293,7 Mio.). Dabei hat die Bank die Position des Sicherungsgebers übernommen.

Angaben in Mio. Euro	Nominalbetrag Restlaufzeit 2006				Summe 2006	Summe 2005	Derivate mit positivem beizulegendem Zeitwert 2006		Derivate mit negativem beizulegendem Zeitwert 2006	
	bis 1 Jahr	über 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre				Zeitwert	Buchwert	Zeitwert	Buchwert
<b>Sicherungsgeber</b>										
Total Return Swaps	—	—	—	—	1.677,2	—	—	—	—	—
Credit Linked Notes	163,2	—	288,0	451,2	293,7	452,9	451,2	—	—	—

Im Rahmen der Umsetzung der geänderten Geschäftsstrategie hat die Bank ihren Bestand an Total Return Swaps 2006 vollständig verkauft.

### Veröffentlichung gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 PfandBG

#### Umlaufende Hypothekendarlehen und dafür verwendete Deckungswerte

Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen	Nominalbetrag		Barwert		Risikobarwert	
	in Mio. Euro		in Mio. Euro		in Mio. Euro	
	2006	2005	2006	2005	2006	2005
Hypothekendarlehen	8.116,4	14.257,8	8.207,9	14.718,7	8.009,3	14.369,4
davon Derivate (nur barwertig)	—	—	—	—	—	—
Hypothekendeckungsstock	9.100,8	15.684,9	9.539,3	16.963,8	9.196,1	16.239,9
davon Derivate (nur barwertig)	0,5	—	0,5	—	1,5	—
Überdeckung	984,4	1.427,1	1.331,4	2.245,1	1.186,8	1.870,5

#### Umlaufende Öffentliche Darlehen und dafür verwendete Deckungswerte

Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen	Nominalbetrag		Barwert		Risikobarwert	
	in Mio. Euro		in Mio. Euro		in Mio. Euro	
	2006	2005	2006	2005	2006	2005
Öffentliche Darlehen	17.719,2	26.498,0	18.387,1	28.136,3	17.699,6	26.975,3
davon Derivate (nur barwertig)	7,1	179,5	7,1	179,5	0,4	76,1
Deckungsmasse	19.252,1	28.943,3	20.189,8	31.278,1	19.372,5	29.740,1
davon Derivate (nur barwertig)	2,0	94,5	2,0	94,5	3,6	240,5
Überdeckung	1.532,9	2.445,3	1.802,7	3.141,8	1.672,9	2.764,8

#### Laufzeitstruktur des Umlaufs – ohne Derivate (Restlaufzeit, zu Nominalwerten)

in Mio. Euro	Hypothekendarlehen		Öffentliche Darlehen	
	2006	2005	2006	2005
Laufzeitstruktur des Umlaufs:				
bis 1 Jahr	1.690,2	4.688,9	4.259,2	5.915,6
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	5.234,8	8.254,4	10.011,7	16.666,6
mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	1.191,4	1.314,5	3.130,0	3.407,0
mehr als 10 Jahre	—	0,0	311,2	329,3
Summe	8.116,4	14.257,8	17.712,1	26.318,5

#### Laufzeitstruktur der Deckungsmassen – ohne Derivate (Zinsbindungsfristen, zu Nominalwerten)

in Mio. Euro	Deckungsmasse Hypothekendarlehen		Deckungsmasse Öffentliche Darlehen	
	in Mio. Euro		in Mio. Euro	
	2006	2005	2006	2005
Zinsbindungsfristen der Deckungsmassen:				
bis 1 Jahr	1.370,0	3.015,8	7.386,6	3.433,0
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	3.780,1	6.341,5	6.218,1	14.265,6
mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	3.526,6	5.355,6	4.315,3	8.075,2
mehr als 10 Jahre	424,1	972,0	1.330,1	3.075,0
Summe	9.100,8	15.684,9	19.250,1	28.848,8

### Veröffentlichung gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1a PfandBG

#### Zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen (Nennwert) nach Größenklassen

	Euro		Euro	Deckungshypotheken in Mio. Euro	
				2006	2005
Von	300.000,01	Bis	300.000,00	4.367,5	6.119,7
Über	5.000.000,00	bis	5.000.000,00	1.724,5	2.277,3
				2.677,3	5.435,0
				8.769,3	13.832,0

Der Ausweis erfolgt ohne die in § 19 PfandBG ausgewiesenen weiteren Deckungswerte (Wertpapiere, Termingelder).

### Veröffentlichung gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1b, c PfandBG

#### Zur Deckung für Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Gebieten, in denen die beliehenen Grundstücke liegen, und nach der Nutzungsart

Deckungsmasse, ohne Termingelder		Deckungswerte 2006 in Mio. Euro		Deckungswerte 2005 in Mio. Euro	
Objekt Nationen	Objektart wirtschaftlich	Gewerblich	Wohnwirtschaftlich	Gewerblich	Wohnwirtschaftlich
Deutschland	Wohnungen	5,2	1.104,8	19,7	1.352,3
	Einfamilienhäuser	0,8	3.121,4	0,5	4.548,6
	Mehrfamilienhäuser	17,2	1.973,5	18,0	2.377,6
	Bürogebäude	848,2	—	1.203,5	—
	Handelsgebäude	702,1	—	800,3	—
	Industriegebäude	33,3	—	45,8	—
	Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	841,1	—	867,4	—
	Unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	82,0	29,0	149,1	50,5
	Bauplätze	1,5	0,4	14,3	1,3
Summe Deutschland		2.531,4	6.229,1	3.118,6	8.330,3
Belgien	Wohnungen	—	—	—	8,0
	Bürogebäude	—	—	14,1	—
	Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	7,6	—	10,5	—
	Unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	—	—	9,7	—
Summe Belgien		7,6	—	34,3	8,0
Dänemark	Bürogebäude	—	—	53,9	—
Summe Dänemark		—	—	53,9	—

Deckungsmasse, ohne Termingelder		Deckungswerte 2006 in Mio. Euro		Deckungswerte 2005 in Mio. Euro	
Objekt Nationen	Objektart wirtschaftlich	Gewerblich	Wohnwirtschaftlich	Gewerblich	Wohnwirtschaftlich
Frankreich	Wohnungen	—	0,0	—	0,1
	Einfamilienhäuser	—	0,9	—	0,9
	Bürogebäude	—	—	564,1	—
	Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	—	—	16,0	—
Summe Frankreich		—	0,9	580,1	1,0
Großbritannien	Bürogebäude	—	—	836,6	—
	Handelsgebäude	—	—	125,5	—
	Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	—	—	1,8	—
Summe Großbritannien		—	—	963,9	—
Luxemburg	Bürogebäude	—	—	9,9	—
Summe Luxemburg		—	—	9,9	—
Niederlande	Bürogebäude	—	—	375,3	—
	Handelsgebäude	—	—	25,0	—
	Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	—	—	37,9	—
	Unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	—	—	2,6	—
Summe Niederlande		—	—	440,8	—
Österreich	Wohnungen	—	0,3	—	0,2
	Bürogebäude	—	—	13,1	—
Summe Österreich		—	0,3	13,1	0,2
Schweden	Bürogebäude	—	—	141,8	—
Summe Schweden		—	—	141,8	—
Spanien	Bürogebäude	—	—	6,2	—
	Handelsgebäude	—	—	76,7	—
	Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	—	—	53,2	—
Summe Spanien		—	—	136,1	—
Gesamtsumme		2.539,0	6.230,3	5.492,5	8.339,5

**Veröffentlichung gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG****Rückständige Leistungen auf zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen**

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen	in Mio. Euro	
	2006	2005
Deutschland	151,4	203,3
Belgien	1,9	1,1
	153,3	204,4

**Veröffentlichung gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 3a, 3b PfandBG****Anhängige Zwangsversteigerungen und Zwangsmaßnahmen aus dem Hypothekendeckungsstock**

	Hypothekendeckungsstock (Anzahl)			
	2006		2005	
	Gewerblich	Wohnwirtschaftlich	Gewerblich	Wohnwirtschaftlich
Anhängige Zwangsversteigerungen	61	240	42	225
Anhängige Zwangsverwaltungen	27	98	33	128
davon in den anhängigen Zwangsversteigerungen enthalten	18	89	24	120
Durchgeführte Zwangsversteigerungen	5	52	46	341
Zur Verhütung von Verlusten an Hypotheken übernommene Grundstücke und Gebäude	—	—	—	—

**Veröffentlichung gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 3c PfandBG**

	Hypothekendeckungsstock (in Mio. Euro)			
	2006		2005	
	Gewerblich	Wohnwirtschaftlich	Gewerblich	Wohnwirtschaftlich
Gesamtbetrag der Rückstände auf zu leistende Zinsen	4,8	5,9	5,9	6,2

**Veröffentlichung gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 3d PfandBG**

Rückführungen von Hypothekendarlehen	Hypothekendeckungsstock (in Mio. Euro)			
	2006		2005	
	Gewerblich	Wohnwirtschaftlich	Gewerblich	Wohnwirtschaftlich
Durch Amortisation	37,6	141,5	51,4	138,3
In sonstiger Weise	3.047,5	2.038,8	244,1	274,8

## Veröffentlichung gemäß § 28 Abs. 3 Nr. 1 PfandBG

## Zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen

	Deckungswerte in Mio. Euro	
	2006	2005
Land Deutschland		
Zentralstaat	2.379,8	3.069,8
Regionale Gebietskörperschaften	7.187,9	9.274,8
Örtliche Gebietskörperschaften	1.120,6	1.209,5
Sonstige	6.231,0	10.840,8
Summe Deutschland	16.919,3	24.394,9
Land Frankreich		
Regionale Gebietskörperschaften	2,0	2,5
Örtliche Gebietskörperschaften	15,5	17,2
Sonstige	18,5	21,7
Summe Frankreich	36,0	41,4
Land Griechenland		
Zentralstaat	50,0	50,0
Summe Griechenland	50,0	50,0
Land Großbritannien		
Sonstige	125,0	125,0
Summe Großbritannien	125,0	125,0
Land Italien		
Zentralstaat	910,0	542,2
Regionale Gebietskörperschaften	147,0	518,8
Örtliche Gebietskörperschaften	—	48,6
Summe Italien	1.057,0	1.109,6
Land Japan		
Zentralstaat	—	360,0
Summe Japan	—	360,0
Land Kanada		
Regionale Gebietskörperschaften	—	255,7
Sonstige	—	202,4
Summe Kanada	—	458,1
Land Litauen		
Zentralstaat	10,0	—
Summe Litauen	10,0	—
Land Luxemburg		
Sonstige	—	50,0
Summe Luxemburg	—	50,0

Fortsetzung auf Seite 64

Fortsetzung von Seite 63

	Deckungswerte in Mio. Euro	
	2006	2005
Land Österreich		
Zentralstaat	—	1,0
Regionale Gebietskörperschaften	15,9	22,6
Sonstige	330,0	330,0
Summe Österreich	345,9	353,6
Land Polen		
Zentralstaat	301,0	195,1
Summe Polen	301,0	195,1
Land Schweiz		
Regionale Gebietskörperschaften	—	379,1
Summe Schweiz	—	379,1
Land Slowakei		
Zentralstaat	98,0	25,0
Summe Slowakei	98,0	25,0
Land Spanien		
Regionale Gebietskörperschaften	100,0	—
Summe Spanien	100,0	—
Land Tschechien		
Zentralstaat	10,0	10,0
Summe Tschechien	10,0	10,0
Land Ungarn		
Zentralstaat	200,0	73,4
Summe Ungarn	200,0	73,4
Land USA		
Regionale Gebietskörperschaften	—	604,3
Örtliche Gebietskörperschaften	—	619,4
Summe USA	—	1.223,7
Gesamtsumme	19.252,2	28.848,9

### Veröffentlichung gemäß § 28 Abs. 3 Nr. 2 PfandBG

#### Rückständige Leistungen auf zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen	in Mio. Euro	
	2006	2005
Deutschland		
Regionale Gebietskörperschaften	2,6	2,4
Sonstige Schuldner	4,0	4,3
Summe Deutschland	6,6	6,7

### Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen

Am 31. Dezember 2006 waren 365 Zwangsversteigerungsverfahren auf unseren Antrag hin sowie 170 auf Antrag Dritter anhängig. 100 Verfahren betrafen gewerbliche Beleihungen, die übrigen hatten Wohngrundstücke zum Gegenstand.

Zwangsverwaltungsverfahren waren bei 198 Beleihungen anhängig, davon in 170 Fällen gleichzeitig Zwangsversteigerungsverfahren. 41 Verfahren betrafen gewerbliche Beleihungen, die übrigen hatten Wohngrundstücke zum Gegenstand.

Durchgeführt wurden im Berichtsjahr 72 Zwangsversteigerungen. Mit Ausnahme von 7 gewerblichen Objekten waren Wohngrundstücke betroffen.

Im Geschäftsjahr wurden keine Grundstücke und Gebäude zur Verhütung von Verlusten an Hypotheken von der Bank übernommen.

### Zinsrückstände

Die rückständigen Zinsen aus Fälligkeiten vom 1. Oktober 2005 bis 30. September 2006 betragen Euro 22,9 Mio. Diese wurden voll abgeschrieben. Davon entfielen auf 1a-Hypotheken Euro 21,0 Mio. und auf 1b-Darlehen Euro 1,9 Mio. Es sind Zinsrückstände in Höhe von Euro 10,1 Mio. bei gewerblichen Beleihungen entstanden, alle übrigen betreffen Wohngrundstücke.

Von den in den Vorjahren abgeschriebenen Zinsrückständen sind noch Euro 52,6 Mio. offen.

### Tilgungen

Die Rückzahlungen auf Hypotheken betragen im Jahr 2006:

planmäßige Tilgung	870,2 Mio. Euro
außerplanmäßige Rückzahlungen durch Kunden	2.870,7 Mio. Euro
Abgänge durch Portfolioverkäufe 2006	6.640,3 Mio. Euro
	<u>10.381,2 Mio. Euro</u>

Die Abgänge infolge der Portfolioverkäufe 2006 stehen im direkten Zusammenhang mit der Fokussierung der Bank auf das inländische gewerbliche Kreditgeschäft und betreffen den Verkauf des Auslandsportfolios in Höhe von Euro 3.092,2 Mio. und den Verkauf verschiedener Portfolien inländischer Hypothekenkredite in Höhe von Euro 3.548,1 Mio.

## Anteilsbesitz

	Anteil am Gesellschafterkapital in %	Eigenkapital in Mio. Euro	Ergebnis letztes Geschäftsjahr in Mio. Euro
AHBR Capital Funding LLC., Wilmington, Delaware	100,0	229,9	18.947
AHBR Projektentwicklung GmbH, Frankfurt/Main	100,0	0,8	-47
AHBR Vermögensverwaltungs-beteiligungs GmbH, Frankfurt/Main <sup>1</sup>	100,0	1.517,9	-802
AHBR Sicherheiten Treuhand GmbH, Frankfurt/Main	100,0	0,0	-1
ATHOS Gesellschaft für Immobilienverwaltung und -verwertung GmbH, Frankfurt/Main	100,0	0,0	-1
BBD Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. 2. Immobilien-Verwaltungs KG, Norderfriedrichskoog	100,0	13,3	-571
BVG-Grundstücks- und Verwertungsgesellschaft mbH, Frankfurt/Main	100,0	83,5	— <sup>2</sup>
Deutsche Hypothekbank (Actiengesellschaft) AG, Hannover	5,1	503,2	39.106
Elmo Leasing Fünfte GmbH, Frankfurt/Main <sup>3</sup>	100,0	66,3	-7
Elmo Leasing Zehnte GmbH, Eschborn <sup>4</sup>	81,8	612,0	-9
NOMOS Vermögensverwaltung GmbH, Frankfurt/Main	100,0	0,0	-1
THARROS Gesellschaft für Immobilienverwaltung und -verwertung mbH, Frankfurt/Main	100,0	0,0	-3

<sup>1</sup> Die AHBR VVB hat ein vom Kalenderjahr abweichendes Geschäftsjahr. Dieses endet zum 10. Februar eines jeden Kalenderjahres. Bei dem Geschäftsjahr vom 1. Januar 2006 bis 10. Februar 2006 handelt es sich um ein Rumpfgeschäftsjahr. Das Eigenkapital zum 31. Dezember 2006 beträgt Euro 1.268,4 Mio.

<sup>2</sup> Mit Wirkung vom 1. Januar 1996 hat die Bank mit der Gesellschaft einen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen.

<sup>3</sup> Die Elmo Leasing Fünfte GmbH hat ein abweichendes Geschäftsjahr. Dieses endet zum 31. August eines jeden Kalenderjahres. Das Eigenkapital zum 31. Dezember 2006 beträgt Euro 2,6 Mio.

<sup>4</sup> Die Elmo Leasing Zehnte GmbH hat ein abweichendes Geschäftsjahr. Dieses endet zum 30. November eines jeden Kalenderjahres. Das Eigenkapital zum 31. Dezember 2006 beträgt Euro 6,3 Mio.

---

### Kredite an Organmitglieder

Für Mitglieder des Geschäftsführungsorgans wurden keine Vorschüsse und Kredite gewährt. An Mitglieder des Aufsichtsrates bestanden Kredite in Höhe von Euro 0,3 Mio. Die gewährten Darlehen werden mit Zinssätzen von 4,75 Prozent p. a. bis 5,26 Prozent p. a. verzinst, mit Tilgungssätzen von 1,00 Prozent p. a. bis 3,00 Prozent p. a. bedient und haben Laufzeiten von bis zu 29 Jahren. Haftungsverhältnisse zugunsten dieses Personenkreises wurden nicht eingegangen.

---

### Arbeitnehmer

Im Jahresdurchschnitt beschäftigten wir 296 Mitarbeiter (ohne Mitarbeiter im Erziehungsurlaub), davon 121 Frauen und 175 Männer.

---

### Konzernzugehörigkeit

In einen Konzernabschluss von LSF5 German Investments, L. P., Dallas, oder einer anderen Lone Star Gesellschaft wird die AHBR zum 31. Dezember 2006 nicht einbezogen.

Die AHBR hat erstmals für das Geschäftsjahr 2006 einen HGB-Konzernabschluss aufgestellt.

---

**1. Mandate des Vorstandes gemäß § 285 Nr. 10 HGB und gemäß § 340a HGB**

---

**Dr. Claus Nolting** (seit 01. 10. 2006)  
**Vorsitzender des Vorstandes**  
(seit 01. 10. 2006)  
München

**Dr. Karsten von Köller**  
**Vorsitzender des Vorstandes**  
(bis 30. 09. 2006)  
Mitglied des Vorstandes (bis 31. 10. 2006)  
Frankfurt/Main

**Arnd Stricker**  
**Mitglied des Vorstandes**  
Frankfurt/Main

---

**2. Angaben über die Mitglieder des Aufsichtsrates gemäß § 285 Nr. 10 HGB**

---

**Bruno Scherrer**

Vorsitzender  
Head of European Operations  
Lone Star Management Ltd.  
London, Großbritannien

**Olivier Brahin** (seit 14. 02. 2006)

Mitglied  
President  
Hudson Advisors Germany GmbH  
Frankfurt/Main

**Michael Kolbeck** (seit 14. 02. 2006)

Mitglied  
Senior Vice President  
Lone Star Germany GmbH  
Frankfurt/Main

**Dr. Karsten von Köller** (seit 01. 11. 2006)

Stellv. Vorsitzender (seit 01. 11. 2006)  
Chairman  
Lone Star Germany GmbH  
Frankfurt/Main

**Jonathan Esfandi** (bis 13. 02. 2006)

Mitglied  
Vice President  
Lone Star Management Europe Ltd.  
London, Großbritannien

**Norbert Massfeller** (bis 02. 01. 2006)

Mitglied  
Vorsitzender der Geschäftsführung  
BGAG Beteiligungsgesellschaft der  
Gewerkschaften GmbH (bis 31. 07. 2006)  
Frankfurt/Main

**Michael D. Thomson**

Stellv. Vorsitzender (bis 31. 10. 2006)  
Mitglied (seit 01. 11. 2006)  
General Counsel  
Lone Star Funds  
Hamilton, Bermuda

**Thomas Herrmann**

Mitglied  
Bankangestellter  
Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat  
Frankfurt/Main

**Friedhelm Uloth**

Mitglied  
Bankangestellter  
Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat  
Hamburg

**Dr. Helmut Balthasar** (bis 02. 01. 2006)

Mitglied  
Geschäftsführer  
BGAG Beteiligungsgesellschaft der  
Gewerkschaften GmbH  
Frankfurt/Main

**Peter Jun** (bis 13. 02. 2006)

Mitglied  
Vice President  
Lone Star Management Europe Ltd.  
London, Großbritannien

**Karin Vandreike**

Mitglied  
Bankangestellte  
Arbeitnehmervertreterin im Aufsichtsrat  
Frankfurt/Main

**Ergebnisverwendung**

---

Der Bilanzverlust in Höhe von Euro 856.772.345,63 soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Frankfurt am Main, den 30. März 2007

Allgemeine HypothekenBank Rheinboden  
Aktiengesellschaft  
Der Vorstand

Dr. Claus Nolting

Arnd Stricker

## Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Wir haben dem Jahresabschluss und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2006 der Allgemeine HypothekenBank Rheinboden Aktiengesellschaft, Frankfurt/Main, in der Fassung der Anlage 1 den folgenden unter dem 18. April 2007 unterzeichneten, mit einem Zusatz versehenen, uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

### „Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Allgemeine HypothekenBank Rheinboden Aktiengesellschaft, Frankfurt/Main, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen in der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung gemäß § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss der Allgemeine HypothekenBank Rheinboden Aktiengesellschaft, Frankfurt/Main, den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen in der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Ohne diese Beurteilung einzuschränken, weisen wir auf die Ausführungen des Vorstands zu den Einwendungen von Genussrechtinhabern gegen deren Verlustbeteiligung im Abschnitt „Rechtliche Risiken“ des Lageberichts hin.

Frankfurt am Main, den 18. April 2007

**Deloitte & Touche GmbH**  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Reker  
Wirtschaftsprüfer

Feige  
Wirtschaftsprüfer

## Bericht des Aufsichtsrates

---

Der Aufsichtsrat der AHBR hat während des Berichtsjahres die ihm laut Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen.

Im vergangenen Jahr hat sich der Aufsichtsrat in sechs zum Teil außerordentlichen Sitzungen umfassend über die geschäftliche Entwicklung, über aktuelle, bedeutende Geschäftsvorfälle und insbesondere über die Restrukturierung und die Aufstellung im Rahmen des neuen Geschäftsmodells der Bank informiert.

Darüber hinaus hat der vom Aufsichtsrat eingesetzte Kreditausschuss der AHBR im Rahmen von fünf Zusammenkünften mit dem Vorstand die nach Gesetz und Satzung vorlagepflichtigen Engagements und viermal die Risikolage der Bank eingehend erörtert und die notwendigen Beschlüsse gefasst. Im Rahmen des quartalsweisen Risikoberichtes wurde der Aufsichtsrat über die wesentlichen Ergebnisse der Portfoliostrukturanalyse, des Kredit- und Immobilienmanagements (Work-out-Engagements) einschließlich der Auslagerung dieser Funktion sowie über die Entwicklung der Immobilien im Bestand der Immobilientochterunternehmen, das Interbanken- und das Staatskreditgeschäft und die Länderrisiken informiert. Neugeschäftsabschlüsse wurden 2006 aufgrund des Restrukturierungsprozesses und in Anbetracht des veränderten zukünftigen Geschäftsfeldes vorübergehend eingestellt. Die Bank spezialisiert sich nunmehr auf die gewerbliche Immobilienfinanzierung in Deutschland.

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand beraten und die Geschäftsführung überwacht. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend in Kenntnis gesetzt und alle Sachverhalte vorgelegt, die der Entscheidung durch den Aufsichtsrat bedurften. Der Aufsichtsrat begleitete das umfassende strategische und organisatorische Restrukturierungsprogramm und den damit verbundenen Stellenabbau der Bank, das Ende 2005 mit der Übernahme der Bank durch Lone Star eingeleitet und 2006 umgesetzt wurde. Er wurde in die Entscheidungen über die Aufgabe von Geschäftsfeldern und der damit zusammenhängenden Veräußerung von Kreditportfolien, die nicht mehr in das Geschäftsmodell der Bank passen, eingebunden. Der neue Marktauftritt wurde durch die Einführung der neuen Marke „COREALCREDIT“ unterstützt. Eine Umfirmierung der Bank ist für das laufende Geschäftsjahr geplant.

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2006, der Lagebericht und der Bericht des Vorstandes über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie zum ersten Mal der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2006 und der Konzernlagebericht sind unter Einbeziehung der Buchführung von der durch die Hauptversammlung als Abschlussprüfer gewählten Deloitte & Touche GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Die Bereinigung von Belastungen aus den Altbeständen des Zins- und Kreditgeschäfts, die bereits im Geschäftsjahr 2005 ihren Niederschlag gefunden hat, wurde 2006 plangemäß fortgesetzt. Diese sind im Wesentlichen im außerordentlichen Ergebnis erfasst, das die Effekte aus den Restrukturierungsmaßnahmen und aus der Aufgabe von Kerngeschäftsfeldern ausweist. Insgesamt zeigt die Bank einen Bilanzverlust in Höhe von Euro 856,8 Mio.

Der Jahresabschluss, der Lagebericht, der Bericht des Vorstandes über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen, der Konzernabschluss, der Konzernlagebericht sowie der Bericht des Abschlussprüfers sind allen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig vor der Bilanzsitzung ausgehändigt und im Plenum in Anwesenheit des Prüfungsleiters des Abschlussprüfers ausführlich besprochen worden. Der Abschlussprüfer hat über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung berichtet und stand für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung. Der Aufsichtsrat hat das Ergebnis der Prüfung durch den Abschlussprüfer zur Kenntnis genommen. Einwendungen wurden nicht erhoben.

Der Jahresabschluss, der Lagebericht sowie der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht wurden vom Aufsichtsrat im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen geprüft. Dabei haben sich keine Beanstandungen ergeben. Der Aufsichtsrat hat daher in seiner Bilanzsitzung den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss sowie den Konzernabschluss gebilligt. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt.

Zudem hat der Aufsichtsrat den Bericht des Vorstandes über die Beziehung zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG geprüft; Beanstandungen haben sich nicht ergeben. Der Abschlussprüfer hat zu diesem Bericht folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war,
3. bei den im Bericht aufgeführten unterlassenen Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.“

Wir haben nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung gegen die Erklärung des Vorstandes über die Beziehung zu verbundenen Unternehmen keine Einwendungen zu erheben.

Im Vorstand und im Aufsichtsrat der AHBR gab es im Berichtszeitraum folgende personelle Veränderungen zu verzeichnen.

Mit Wirkung zum 1. Oktober 2006 wurde Herr Dr. Nolting als neuer Vorstandsvorsitzender in den Vorstand der Bank bestellt. Herr Dr. von Köller, der bis zur Einsetzung eines neuen Vorstandsvorsitzenden die Geschäfte der Bank leitete, legte sein Amt als Vorstandsvorsitzender mit Ablauf des 30. September 2006 nieder und schied mit Ablauf des 31. Oktober 2006 aus dem Vorstand der AHBR aus. Seit dem 1. November 2006 ist er als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der AHBR tätig. Herr Thomson legte zum 31. Oktober 2006 sein Amt als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender nieder und ist seitdem als einfaches Aufsichtsratsmitglied tätig. Des Weiteren schieden im Geschäftsjahr 2006 die Herren Esfandi und Jun mit Wirkung zum 13. Februar 2006 aus dem Aufsichtsrat aus. Als nachfolgende Mitglieder wurden auf Antrag der Gesellschaft gemäß § 104 II AktG die Herren Olivier Brahin und Michael Kolbeck mit Wirkung zum 14. Februar 2006 in den Aufsichtsrat bestellt.

Für ihr Engagement sowie die konstruktive Begleitung des Unternehmens und des Vorstands während des schwierigen vergangenen Jahres bedankt sich der Aufsichtsrat bei seinen ausgeschiedenen Mitgliedern.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank für ihren engagierten Einsatz und ihre geleistete Arbeit auch im Rahmen des Restrukturierungsprozesses. Durch die vorgenommene konsequente Repositionierung steht die Bank dem Markt als Spezialist für die gewerbliche Immobilienfinanzierung in Deutschland wieder zur Verfügung.

Frankfurt am Main, im April 2007

**Der Aufsichtsrat**

**Bruno Scherrer**  
Vorsitzender



# 2006

**Informationen**

Adressarium

Vorstand

Aufsichtsrat

Impressum

**Adressarium****Allgemeine HypothekenBank  
Rheinboden AG****Sitz der Bank****Bockenheimer Landstraße 25  
60325 Frankfurt/Main****Telefon (0 69) 7179-0****Telefax (0 69) 7179-100****Internet: [www.ahbr.de](http://www.ahbr.de)****E-Mail: [info@ahbr.de](mailto:info@ahbr.de)****Standort Berlin**

Pariser Platz 6 A

10117 Berlin

Telefon (0 30) 22 62 94-0

Telefax (0 30) 22 62 94-50

**Standort Düsseldorf**

Königsallee 60 F

40212 Düsseldorf

Telefon (02 11) 89 03-386

Telefax (02 11) 89 03-333

**Standort Frankfurt**

Bockenheimer Landstraße 25

60325 Frankfurt/Main

Telefon (0 69) 7179-0

Telefax (0 69) 7179-351

**Standort Hamburg**

Valentinskamp 24

20354 Hamburg

Telefon (0 40) 3 11 12-230

Telefax (0 40) 3 11 12-200

**Standort München**

Ottostraße 1

80333 München

Telefon (0 89) 54 90 10-0

Telefax (0 89) 54 90 10-50

**Standort Stuttgart**

Kleiner Schloßplatz 13-15

70173 Stuttgart

Telefon (07 11) 22 29 08-0

Telefax (07 11) 22 29 08-50

**Vorstand****Dr. Claus Nolting**

Vorsitzender des Vorstands  
(seit 01.10.2006)  
München

**Arnd Stricker**

Mitglied  
Frankfurt/Main

**Dr. Klaus Vajc**

Mitglied (seit 01.04.2007)  
Hamburg

**Dr. Karsten von Köller (bis 31.10.2006)**

Vorsitzender des Vorstands  
(bis 30.09.2006)  
Mitglied (vom 01. bis 31.10.2006)  
Frankfurt/Main

**Generalbevollmächtigter****Jürgen Jung**

Eschborn-Niederhöhnstadt

**Treuhänder****Rudolf Panowitz**

Treuhänder (seit 01.08.2006)  
Stellvertreter (bis 31.07.2006)  
Bundesbankdirektor i. R.  
Bad Homburg v. d. H.

**Dr. Rolf Opitz**

Stellvertreter (seit 01.08.2006)  
Vorsitzender Richter am  
Oberlandesgericht  
Frankfurt/Main a. D.  
Bad Homburg v. d. H.

**Dietrich Freiherr von Hake**

Stellvertreter für Sonderaufgaben  
Rechtsanwalt und Notar  
Hameln

**Rolf-Rüdiger Runte**

Stellvertreter für Sonderaufgaben  
Rechtsanwalt und Notar  
Hameln

**Manfred Barz**

(bis 31.05.2006)  
Stellvertreter für Sonderaufgaben  
Vorstand Edebank AG i. R.  
Großhansdorf

**Dr. Gerd Reinschmidt**

Treuhänder (bis 31.07.2006)  
Richter am Oberlandesgericht  
Frankfurt/Main a. D.  
Rechtsanwalt  
Kelsterbach

**Aufsichtsrat****Bruno Scherrer**

Vorsitzender  
Head of European Operations  
Lone Star Management Ltd.  
London, Großbritannien

**Dr. Karsten von Köller**

(seit 01. 11. 2006)  
Stellv. Vorsitzender (seit 01. 11. 2006)  
Chairman  
Lone Star Germany GmbH  
Frankfurt/Main

**Michael D. Thomson**

Stellv. Vorsitzender (bis 31. 10. 2006)  
Mitglied (seit 01. 11. 2006)  
General Counsel  
Lone Star Funds  
Hamilton, Bermuda

**Dr. Helmut Balthasar**

Mitglied (bis 02. 01. 2006)  
Mitglied des Vorstandes der  
BGAG Beteiligungsgesellschaft der  
Gewerkschaften AG  
Frankfurt/Main

**Olivier Brahin**

Mitglied (seit 14. 02. 2006)  
President  
Hudson Advisors Germany GmbH  
Frankfurt/Main

**Jonathan Esfandi**

Mitglied (bis 13. 02. 2006)  
Vice President  
Lone Star Management Europe Ltd.  
London, Großbritannien

**Thomas Herrmann<sup>1</sup>**

Mitglied  
Bankangestellter  
Frankfurt/Main

**Peter Jun**

Mitglied (bis 13. 02. 2006)  
Vice President  
Lone Star Management Europe Ltd.  
London, Großbritannien

**Michael Kolbeck**

Mitglied (seit 14. 02. 2006)  
Senior Vice President  
Lone Star Germany GmbH  
Frankfurt/Main

**Norbert Massfeller**

Mitglied (bis 02. 01. 2006)  
Vorsitzender des Vorstandes der  
BGAG Beteiligungsgesellschaft der  
Gewerkschaften AG  
Frankfurt/Main

**Friedhelm Uloth<sup>1</sup>**

Mitglied  
Bankangestellter  
Hamburg

**Karin Vandreike<sup>1</sup>**

Mitglied  
Bankangestellte  
Frankfurt/Main

<sup>1</sup> Von den Arbeitnehmern gewählt

**Impressum****Herausgeber**

Allgemeine HypothekenBank Rheinboden AG  
Bockenheimer Landstraße 25  
60325 Frankfurt/Main

**Kontakt**

Strategie & Kommunikation  
Dr. Leo Cremer  
Axel Leupold  
Telefon (0 69) 71 79-665/-543  
Telefax (0 69) 71 79-506

**Gestaltung**

Hoffmann · Schalt SEA Werbeagentur GmbH  
Frankfurt/Main

**Satz**

LithoScope GmbH  
Krefeld · Niederlassung Frankfurt/Main

**Lithografie**

ORT Studios Frankfurt GmbH  
Frankfurt/Main

**Druck**

mts Digital GmbH  
Kronberg-Oberhöchstadt

Der Geschäftsbericht 2006 liegt ebenfalls in  
Englisch vor und kann unter der Rufnummer  
(0 69) 71 79-543 angefordert werden.

Weitere Informationen unter [www.ahbr.de](http://www.ahbr.de)